

# Arbeiter-Zeitung

Abrechnung: 12 Hefen mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagshefte. Preis: 12 Hefen 1,20 Mk., 24 Hefen 2,40 Mk., 48 Hefen 4,80 Mk., monatlich 40 Pf., 3 Monate 1,20 Mk., 6 Monate 2,40 Mk., 1 Jahr 4,80 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch den Postbezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die halbjährliche Werbefläche ober deren Inhalt 12 Pf., Vereins- und Werbeflächenangelegenheiten 6 Pf., Kollagenpreis: Die dreimonatliche Werbefläche ober deren Inhalt im Text 10 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 18 Uhr in den Abenden am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Tel. 560 89.  
Verlagsredaktion: Breslau 144, Medaillon; Breslau, Kreuzberger Straße 50. Tel. 289 02. Erscheinungstag der Redaktion von 12-18 Uhr.  
Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialredaktionen: Hindenburg, Kronprinzstraße 260; L. Eingang Wasserstr. Tel. 2670; Oppeln, Woblerstraße 11; Tel. 1564; G. Brilz, Rantz 6, Tel. 2824; G. Brilz, Rantz 6-19; U. Brilz, Rantz 6; Hauptverlag Breslau: Verlags-Schlesische Verlags-Gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Neubau“, Filiale Breslau, Kreuzberger Straße 50.

## Der schwarze Tod in Alsdorf vor dem Landtag

Bereits 100 Tote und über 70 Verletzte — Die Kommunisten stellen die Schuld der Regierung an dem Unglück fest — Sie haben bereits am 24. September auf die Gefahren aufmerksam gemacht

Im Preußen-Parlament wurden gestern sehr wichtige Bestimmungen vorgenommen. Bei diesen entwarfen sich sowohl die Sozialdemokraten als auch die Nazis als ausgesprochene Arbeiterfeinde.  
Zunächst wurde von der kommunistischen Fraktion zur Grubenkatastrophe Stellung genommen. Der Genosse Sobotta hielt eine wichtige Anklagerede, indem er der Regierung nachwies, daß die kommunistische Fraktion bereits am 24. September d. J. auf die Gefahren in jenem Bergrevier aufmerksam gemacht hat. Gerade auf den Schächten, auf denen sich das Unglück ereignete, wurde ein unerhörter Raubbau getrieben, so daß infolge dessen die Gruben voll Schlagwettern stehen. Wörtlich hieß es in dem Antrage der Kommunisten über jene Gruben:

„Diese Arbeitsmethode ist eine große Gefahr für die Bergarbeiter, erstens, weil sich in den großen Hohlräumen Schlagwetter ansammeln, zweitens auch, weil durch die zu Bruch gehenden Streben Bergarbeiter getötet werden können. Die Bergaufsichtsbehörde scheint diesen Zustand zu dulden, da sie trotz Beschwerden der Bergarbeiter und trotzdem sich schon mehrere Unglücksfälle ereignet haben, bis jetzt noch nicht eingegriffen und diese Arbeitsmethoden nicht verboten hat. (Hört, hört! bei den Komm.)“

Namens der kommunistischen Fraktion stelle ich also fest, daß dem verantwortlichen Minister die Zustände, die zu dem furchtbarsten Unglück geführt haben, bekannt waren, und wir

### 100 Tote in Alsdorf

Bei dem großen Grubenunglück, über welches wir an anderer Stelle eingehend berichtet, ist nach neuesten Meldungen die Zahl der Toten inzwischen auf 100 und die der Verletzten auf über 70 gestiegen.

fordern deshalb, daß er sofort Bericht erstattet, ob irgend etwas veranlaßt ist, um durch die Bergbehörden die ungläublichen Zustände beim Eschweiler Bergwerkverein zu ändern.

Der Handelsminister mußte auf diese wichtige Anklagerede nicht zu erwidern.

Es steht fest, daß sich die Staatsregierung nicht bemüht gefühlt gefühlt hat, auf Grund des kommunistischen Antrages irgend etwas zu tun, um die Zustände beim Eschweiler Bergwerkverein zu beseitigen, die offenbar zu der furchtbaren Katastrophe geführt haben.

Im weiteren Verlauf dieser Sitzung wurde zunächst die Aufhebung des KPD-Verbots verlangt. Die SPD. verhinderte die Beratung des Antrages und bewies damit eindeutig, daß sie die sich täglich wiederholenden Bluttaten der Nazis billigt, da sie ja eine Abwehr dagegen verhindert.

Bei der dann zur Beratung stehenden Diätenfrage zeigte sich auch, daß sowohl Nazis als auch SPD. ein ganz schamloses Spiel mit ihren Anträgen auf Kürzung der Diäten treiben. Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, daß

alle Abgeordneten, die ein Einkommen von über 8000 Mark im Jahre haben, überhaupt keine Diäten haben sollten.

Diese Lösung der Diätenfrage ist die einzige, die vom Standpunkt des Proletariats als richtig anerkannt werden kann, da die von SPD. und Nazis beantragte Kürzung die kapitalistischen Abgeordneten, die über große Vermögen verfügen, ebenso wie die in gut bezahlten Kasernenstellen des Geldjacks befindlichen Abgeordneten nicht trifft. Diese Regelung aber wurde in trauter Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD. abgelehnt.

### Die Angst vor Neuwahlen Auch die Nazis für die Diktatur in Preußen

Die vorliegenden Anträge auf Auflösung des Landtages wurden mit 240 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Die SPD., die hier als die Haupttreiberin für die Ablehnung der Auflösung gilt, weiß, warum sie gegen die Neuwahl ist. Trotzdem ihre Presse versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der schamhafte Verrat von Sonnabend einmütige Billigung finden würde in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, liegen die Dinge in Wirklichkeit umgekehrt. Deshalb die Angst, bei einer Neuwahl noch eine ganz andere Niederlage wie am 14. September zu erleben. Die Abrechnung über den jetzt sogenannten Verrat wird aber trotzdem nicht lange auf sich warten lassen, um so mehr, als die Verräter unanlässig immer weiter rechts

marschieren müssen, wie es auch in dieser Sitzung wieder der Fall war.

Als der Antrag unserer Partei zur Beratung kam, die preußischen Ausführungsregeln zur Brüning-Isar-Diktatur aufzuheben, wurde dieser Antrag sowohl von der SPD. als auch den Nazis abgelehnt.

Es haben also nicht nur die SPD. auch im Landtag für die Brüning-Diktatur gestimmt, sondern auch die Nazis, die im Reichstag und in ihrer Presse angeblich gegen Brüning sind, hier aber sich hinter den schwarzen Kanzler gestellt haben und damit beweisen, daß ihr „Kampf“ gegen Brüning nur ein ganz schäbiger Futterkripenkampf ist. Eine Tatsache, die dazu beitragen wird, das Erwachen auch der Naziwähler, wie es am Sonntag in Hamburg begonnen hat, weiter erfolgreich zu fördern.

### Streik ist die Antwort!

Der „Massenkampf“, unser Bruderorgan in Halle, meldet aus Eisenwerda, daß die Formier und Formmacher der Firma Weise u. Monstl einstimmig den Streik gegen eine 16-prozentige Kürzung der Affordlöhne beschlossen haben. Da außerdem die Unternehmer in der ostelbischen Metallindustrie einen allgemeinen Abbau der Löhne in der Höhe von 15-Prozent planen, bei Weise u. Monstl der Lohnraub also 30 Prozent betragen würde, kommt dem Beschluß der Formier und Formmacher eine bestimmte Bedeutung zu.

Die ostelbischen Metallarbeiter haben die Pflicht, nicht nur den Kampf in Eisenwerda zu unterstützen, sondern sich dem Streik der 140 000 Berliner Metallarbeiter anzuschließen.

Aus Liebertwerda wird berichtet, daß die Ofenfabrik Liebertwerda die Arbeiter mit einem 16-prozentigen Lohnraub bedroht. Die Verhandlungen mit den Unternehmern endeten ergebnislos.

## Vom Kampfplatz der Berliner Metallarbeiter

Der Einfluß der KPD. wächst — Nazi als Streifbrecher — Morgen soll die Abwägung des Kampfes beginnen

Trotz des von Ulrich und seinen Kumpanen eingeleiteten Verrats geht der Kampf der Hunderttausend in Berlin verschärft weiter. Durch die Bonzenfabrikation wachsen die Erbitterung und der Kampfeswille, und damit steigert sich zusehends der Einfluß der KPD.

Im Siemens-Plantia-Werk, das zu 50 Prozent [schon] ist und in dem nur 12 Prozent organisierte Arbeiter beschäftigt sind, gelang es der KPD. durch systematische Arbeit, Anerkennung der KPD.-Vertreter und Auszahlung des von der Direktion verweigerten Lohnes zu erzwingen.

Die Direktion mußte die KPD. als Verhandlungspartner anerkennen. Der Betrieb ist jetzt vollständig bei der KPD. registriert. — 160 Neuannahmen wurden für die KPD. gemacht.

Im Kabelewerk Oberspreewald versuchten 50 Nationalsozialisten, Streikbruch zu verüben, wurden aber durch die Streikposten daran gehindert. Dieser Streikbruchversuch der Nationalsozialisten steht nicht vereinzelt da, hat doch der „Bölkische Beobachter“ vom 19. Oktober

ganz offen zum Streikbruch aufgefordert. Dieser schamlose Verrat der Nazibanditen hindert diese Bande aber nicht, sich trotzdem in der Öffentlichkeit als Anhänger des Streiks auszugeben. Diesen Schwindlern die Maske vom Gesicht zu reißen muß Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse in Deutschland sein.

### Die Solidarität mit den Kämpfern wächst

Als ein besonders erfreuliches Zeichen ist festzustellen, daß die Lehrlinge in wachsender Zahl am Streik teilnehmen und ihre Vertreter in den Streikversammlungen sprechen. Auch unter der Arbeiterschaft der nicht dem Verband der Berliner Metallindustriellen angeschlossenen Betriebe wächst die Kampfbereitschaft. So trat am 20. Oktober die Belegschaft der Firma Arndt Warschauer Straße, die aus etwa 100 unorganisierten Frauen besteht, in den Streik, weil der Unternehmer Streikbrecherarbeit forderte. 71 Arbeiterinnen traten der KPD. bei.

### Schon wieder ein Naziüberfall

Nieder-Salzbrunn, 22. Oktober. Gestern Abend kam es hier zu schweren Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten. Nazis haben auf der Straße SW. heute gepöbelt und daraufhin sind Arbeiter von Nieder-Salzbrunn den Betreffenden zu Hilfe gegangen. Vor das Gasthaus „Zur Eisenbahn“ kamen innerhalb kurzer Zeit mehrere Personenautos mit Nationalsozialisten. Die Nazis sprangen aus den Autos heraus und schlugen auf die dort stehenden Arbeiter ein. Es gab bei dieser Gelegenheit drei Schwerverletzte und mehrere Leichtverletzte.

Die Nazis haben auch zuerst geschossen, worauf sich dann dieser Kampf entwickelte.

### SPD.-Funktionär unterschlägt Arbeitergroßen

Wie einer von den vielen, die durch ihre Heße gegen revolutionäre Arbeiter und als Kommunistenfresser sich bei den Oberbonzen beliebt gemacht haben, um Bößchen einzunehmen, die materielle Vorteile bringen, hat sich der sozialdemokratische Kassierer des Fabrikarbeiterverbandes Ludwig G. in Unterschörling (Bayern) entpuppt. Wie die „Neue Zeitung“ in München mitteilt, hat derselbe 3000 Mark Verbandsgelder unterschlagen und sich zurzeit in Unterschörling. G. war auch Funktionär der Volksfürsorge. Ob auch dort Arbeitergelder an seinen flebrigen Fingern hängen geblieben sind, muß erst die Untersuchung ergeben. Die Verratspolitik der SPD. hat dieser „Sozialist“ fähig mit Verleumdungen gegen die Kommunisten verteidigt.

Bei den Sammlungen für die Streikenden bewiesen die Arbeiter großen Opfermut, und auch kleine Geschäftsleute, Mittelständler, zeigen große Sympathie. Um nur ein Beispiel zu nennen, sammelte in Oberschönnewitz ein Ausschuß von drei Arbeitern in

drei Tagen 500 Mark neben einer Menge Lebensmittel.

Ermutert durch die schamlose Heße des „Vorwärts“, da natürlich von der SPD.-Presse im ganzen Reich nachgeahmt wird, verschärfen auch die Kapitalisten ihren Terror. So wurden bei Siemens zwei rote Betriebsräte gemordet, darunter auch der Reichstagsabgeordnete Genosse Rohmann.

### Morgen beginnt die Abwägung

Stegewald hat nunmehr, wie aus Berlin berichtet wird, die Arbeitgeber eingeladen, morgen in neue Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes einzutreten.

Gleichzeitig wird berichtet, daß sowohl innerhalb des Arbeiterverbandes als auch in den Gewerkschaften die Richtlinien für die Verhandlungen festgelegt worden sind. Zur Unterstützung des Verrats haben die Arbeitgeber den Streikenden die Kündigung zugestellt.

Mit dieser Verlautbarung wird die gestern auch von uns gemeldete Abwägung durch die Ulrich-Kumpanei in vollem Umfange befristet. Der Verrat steht demnach unmittelbar bevor. Nachdem die Müller, Bels und Konsorten die Diktatur Brüning eben gerettet, können die Ulrich u. Co. nicht zulassen, daß der Kampf der 140 000 den begangenen Verrat im Reichstag womöglich wieder aufhebt, denn diese Geldadulanten kennen sehr wohl die politische Bedeutung dieses Kampfes.

Dieser Verrat darf unter keinen Umständen gelingen. Die Berliner Arbeiter in diesem Augenblick nicht sofort mit aller Kraft unterstützen, würde bedeuten, ebenfalls offen dem Faschismus den Weg freizumachen. Deshalb dürfen auch die Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien nicht weiche Langer werden. Sie müssen sofort zur Tat schreiten und ebenfalls den Kampf organisieren, um dadurch den Einfluß der Berliner Arbeiter zu erhöhen.

# Waentig mobilisiert Kochspitzel gegen den Hungermarsch

## Geheimerlaß des sozialdemokratischen Innenministers gegen den Dortmunder Hungermarsch

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Bericht.)

Wie die „Rote Fahne“ aus einer ihrer zuverlässigsten Quellen erfährt, hat das Innenministerium des Sozialistischen Waentig, Abteilung II - IA, eine Rundverfügung an alle Polizeipräsidien herausgegeben, die das Verbot des Hungermarsches der Erwerbslosen nach Dortmund vorbereitet.

Die Polizeipräsidien sollen Erhebungen machen, die „Material“ für das Verbot liefern, insbesondere Erhebungen über den „militärischen Charakter“ der Erwerbslosenstaffeln. Waentig kündigt in dem Rundverlaß direkt das Verbot des Hungermarsches an.

Dieser Rundverlaß Waentigs ist die Durchführung eines direkten Befehls der Ruhrindustriellen, den Marsch der Arbeitslosen für die Lebensforderungen des Proletariats zu verhindern. Mit der Ausschickung seiner Achtgroßhungen zur Herstellung von Spitzelkugeln will dieser Sozialdemokrat die Verwirklichung der Parole Severings, daß „Gummiknüppel und härtere Waffen“ in diesem Winter nicht außer Dienst gestellt werden dürfen, vorbereiten.

Schon hat der Bochumer Polizeipräsident, ein Zentrumsmann, angekündigt, daß die Polizei gegen den Hungermarsch ein Greifen werde. Der Erlaß Waentigs beweist, daß die „Gründe“, die man dafür bringen wird, Lügen sind, die man erst von berufsmäßigen Spitzeln und Lügnern fabrizieren ließ.

Dieselbe Polizei, unter deren Augen nationalsozialistische Wörderbanden die blutigsten Verbrechen begehen, ja die, wie am 13. September in Berlin, gemeinsame Generärbefehle auf revolutionäre Arbeiter durchführt, dieselben Sozialdemokraten, die das Verbot des Hungermarsches in Koblenz vor den Hohenzollernprinzen paradierten konnten, sie wollen den hungernden Erwerbslosen verbieten, ihre Forderung nach Arbeit und Brot auf die Straße zu tragen.

Sie unternehmen diese Polizeiaktion zu derselben Zeit, da die Ruhrindustriellen einen ungeheuerlichen Vohrraubzug gegen die Bergarbeiter durchführen, da sie durch Aufrechterhaltung der verbrecherischen Arbeitszeitverlängerung unter Tage das Erwerbslosentum weiter vergrößern wollen.

Die hungernden Arbeitslosen lassen sich durch diese Diener des Faschismus und der großkapitalistischen Räuber das Recht auf die Straße nicht nehmen. Kein Waentig, kein sozialdemokratischer Polizeipräsident kann verhindern, daß die Dreimillionenarmee der deutschen Erwerbslosen marschiert, daß ihr Massenschritt zusammenklingt mit dem Dröhnen der Marschkessel der gegen Vohrraub und für Arbeitszeitverkürzung streikenden Arbeiter. Das Heer der Hungernden und Ausgebeuteten marschiert unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, unter Führung der KPD, und es wird die gutbezahlten Angestellten der Young-Räuber, die Oberkommandierenden der Kochspitzel und der Gummiknüppelterroristen, hinwegfegen.

## Kapitalistisches Echo auf den SPD.-Verrat vom 18. Oktober

# SPD. „höchster Anerkennung würdig“

### „Ohne eine einzige politische Konzession“ hat die SPD. Brüning's „hochkapitalistisches Programm“ gerettet - „Die Pistole Preußen bleibt noch geladen und entschert“

Der ungeheuerliche, zynische Verrat aller Arbeiterinteressen, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre letzten Beschlüsse im Reichstag begangen hat, findet in der bürgerlichen Presse das Echo, das die Sozialdemokratie verdient. Die Presse der Regierungsparteien ist natürlich voll des Lobes über ihre Schutztruppe, voran die „Germania“, das Blatt des Reichskanzlers Brüning. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den Sonntagsartikel der „Germania“ als die Meinung Brüning's betrachten.

## Das Bravo des schwarzen Diktatorkanzlers

Die „Germania“ schreibt:

„Die hinter dem Kabinett stehenden Parteien haben zusammengehalten und die Sozialdemokratie hat in Erkenntnis der schweren politischen Gesamtlage eine Haltung eingenommen, die höchster Anerkennung würdig ist.“

## Die Börsenpresse lobt

Die „Berliner Volkszeitung“, der Bastard des „Berliner Tageblatts“ fürs „gemeine Volk“ schreibt:

„Die Reichsregierung Brüning ist in ihrer ersten, offenen Parlamentsschlacht von der Sozialdemokratie gerettet worden... Man sollte begreifen lernen, daß unsere Wirtschaft (u. a. der Kapitalismus, D. Red.) nur durch die Besonnenheit der Sozialdemokratie bewahrt bleibt.“

Das Blatt macht sich bereits Gedanken darüber, wie der Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben werden muß, ihre arbeitserfeindliche Politik jetzt fortzusetzen, ohne daß ihre Proleten weglassen. Es ist für die SPD.-Arbeiter wichtig, heute schon zu erkennen, mit welchen Tricks sie bei den weiteren Auskuppelhandlungen im Reichstag geblüfft werden sollen. Das bereits oben zitierte Blatt schreibt dazu:

„Zumindestens muß die Sozialdemokratie bei der sachlichen Behandlung der Notverordnungen im Ausschuß klare Verbesserungen (!) aufzuweisen haben, wenn sie die Regierung weiterhin tolerieren soll.“

## Hohn und Spott - aber die Wahrheit

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Das Kabinett habe, so lassen sich bereits manche Stimmen vernehmen, für links, das ist für die Sozialdemokratie, „optiert“. Wir hatten das für einen Zerrum. Borderhand hat amgelehrt die Sozialdemokratie für das Kabinett optiert, für den „Hungerkanzler“ Brüning, für den „großhagariischen Zollyphanten“ Schiele und für Herrn Treutmann, die man alle im Wahlkampf nicht für mich genug schmähen konnte. Dieser gewaltige Stimmungswandel in der Sozialdemokratie ist ohne irgendeine politische Konzession des Reichskanzlers erreicht worden, es ist denn, daß die Zentrumskräfte mit der Auflösung der preussischen Koalition vorläufig nicht ausgeführt wurde. Diese Pistole bleibt noch geladen und entschert. Weder vor der durchgeführten Notverordnung noch vor ihrem hochkapitalistischen Programm zur Sanierung der Finanzen hat die Regierung bisher auch nur ein Jota aufgegeben, und die Programmklärung war in ihren wesentlichen politischen Teilen seit langer Zeit die entscheidende und „nationalist“, die man von der Wirtschaft gehört hat.“

Hier ist wirklich jedes Komma überflüssig. Das reaktionäre

Blatt ist zufrieden mit dieser Entwicklung; sachlich hat es durchaus recht.

## Die Kurse steigen

Die Rettung der Brüning-Regierung durch die SPD. hat auf der Börse ein neues Anziehen aller Kurse um fünf bis zehn Punkte zur Folge gehabt. Verschärfte Not für die Proletarier - gesteigerte Gewinne für die Börsenspekulanten, das ist die Politik der Sozialdemokratie auf einen Generalnennner gebracht. Kann ein Arbeiter noch länger Vertrauen zu einer Partei haben, die die Partei des Vertrauens der Börsenjobber ist? SPD.-Arbeiter, macht Schluß mit der SPD.!

# Es tracht in Mussolinis „drittem Reich“

Von der italienischen Grenze, 20. Oktober. Vor einigen Tagen brachte „Giornale d'Italia“ den aufsehenerregenden Vorschlag, daß die faschistische Partei mit Rücksicht auf die herrschende Krise nicht mehr an ihrer Abgeschlossenheit festhalten, sondern sich mit „der Nation“ verschmelzen will.

Man kann sich kaum eine schlagendere Bankrotterklärung denken, als diese Meldung darstellt. Bisher hieß es immer, Italien sei gleichbedeutend mit dem Faschismus. Nun wurde eingestanden, daß dieser Schwindel angesichts der ersten Lage fallen gelassen werden mußte.

Nun meldet eine französische Zeitung, nämlich „Le Devoir“, daß hinter dem Angebot des „Giornale d'Italia“ kein geringerer steht als Mussolini selbst, der angesichts der unaufhaltbar fortschreitenden Zerstückelung der faschistischen Kräfte seine Macht von Tag zu Tag schwinden sehe, seine Herrschaft durch eine Koalition mit den Elementen der von ihm aufgelösten Partei der christlich-demokratischen Popolari neu zu festigen gedenke.

Er habe sich dafür die aktive Unterstützung des Vatikan's, der einen starken Druck auf eines der führenden Mitglieder dieser Partei, den ehemaligen Finanzminister Fedea im Kabinett Giolitti, ausübe, um ihn zum Eintritt in die Regierung zu bestimmen, gesichert.

Der Papst soll also das Blutregime retten. Der Wille wird dazu gewiß nicht fehlen. Ob aber der beabsichtigte Erfolg eintreten wird, das ist natürlich eine andere Frage.

# Das Verbrechen des 18. Oktober

Am 16. August veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Aufruf zur Reichstagswahl, in dem es heißt: „Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben. Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben.“ Am 18. Oktober sprach dieselbe Sozialdemokratie der Regierung Brüning ihr Vertrauen aus. Am 18. Oktober stimmte die SPD. gegen die Aufhebung der Notverordnungen.

**Sozialdemokratische Arbeiter, macht Schluß mit den Verbrechern des 18. Oktober! Hor zur roten Klassenfront!**

# „Die Regierung ist eine Räuberbande“

so viel ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter gegen Brüning zu. Hat dieser Abgeordnete mit diesem Zwischenruf nicht

## die Ansicht von Millionen Werktätiger

ausgesprochen? Ist es nicht den streikenden Metallarbeitern, den Beamten und Angestellten, denen Ledigensteuer, Notopfer aufgebürdet wurden, der Kleingewerbetreibenden, die unter der Steuerlast zugrunde gehen, den armen Bauern, denen die letzte Kuh geplündert wird, den Millionen von Arbeiterfamilien, die durch Preis- und Mietswucher nicht mehr aus und ein wissen, den Erwerbslosen, den Kriegsoffern, denen die Regierung die letzten Notpfennige stiehlt, aus der Seele gesprochen?

Diese Millionen wissen, daß

**nur die KPD. das Brüning-System rücksichtslos bekämpft.**

# „Kapitalismus erntet Früchte der Nazipolitik“

Weddinger Naziführer verläßt die Hitlerpartei

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Bericht.)

Der frasse Widerspruch zwischen den demagogischen Wahlversprechungen der NSDAP. und ihren arbeitserfeindlichen Aktionen treibt die Zerstückelung unter den Naziarbeitern stürmisch vorwärts. Der Weddinger Führer der Hitlerpartei, Gotthard Schild, hat seinen Austritt aus dieser Partei erklärt und dieses Vorgehen in einem Brief an Goebbels begründet, in dem es heißt:

„Jahrelang hat man der Masse den Kampf mit allen Mitteln gepredigt - heute gibt der Führer die Parole heraus: Hinein in diesen Staat! (siehe Thüringen, Braunschweig, Sachsen, Reich) und unter religiösem Eid sagt Herr Adolf Hitler in Leipzig aus: Nur mit legalen Mitteln!“

Die Früchte dieser Politik muß der Kapitalismus ernten. Sozialismus und Kapitalismus lassen sich nicht paaren. Sobald sie zusammen in Koalition regieren, muß der Sozialismus vor die Hunde gehen.

Die Außenpolitik kann ich ebenfalls nicht mitmachen, das würdelose Heranschmelzen an das hochkapitalistische England ist mir zuwider.“

Täglich erkennen immer größere Massen genarnter nationalsozialistischer Anhänger und Parteimitglieder den ungeheuerlichen Volksbetrug der Hitlerpartei.

## Naziüberfall in Swinemünde

Swinemünde, 20. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern eine Demonstration, in deren Verlauf sie in der Lindenstraße Arbeiter überfielen. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel zugunsten der Nationalsozialisten ein. Drei Personen wurden verletzt und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

## SPD.-Funktionär unterschlägt Arbeitergroßchen

München, 21. Oktober. (Eig. Bericht.) Der sozialdemokratische Kassierer des Fabrikarbeiterverbandes Ludwig Gilch in Unterföhring mußte in Untersuchungshaft genommen werden, weil er 3000 Mark Verbandsgelder unterschlagen hat. Gilch war auch Funktionär der Volksfürsorge. Ob auch dort Arbeitergelder an seinen flebrigen Fingern hängen geblieben sind, muß erst die Untersuchung ergeben. Gilch war einer von denen, die die Verratspolitik der SPD.-Oberbunzen ständig mit Verleumdung gegen die Kommunisten verteidigt haben.

## „Hoch die Rote Fahne!“

Das Elektromechanische Werk, vormals UEG, Charlton, sendet der „Roten Fahne“ folgenden Gruß:

„Der „Rote Fahne“, dem Kampforgan der KPD, sendet die internationale Konferenz des Elektromechanischen Werkes Charlton proletarische Grüße. Wir lesen täglich die „Rote Fahne“. Durch Enttarnung des sozialdemokratischen Verrats führt die „Rote Fahne“ die breiten Metallarbeitermassen Berlins zum entscheidenden Kampf; gewinnt die Waffen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die KPD Hoch die „Rote Fahne!“ Das Präsidium der Konferenz.“

## Schneestürme in 12 USA-Staaten

Newyork teilweise unter Schneemassen begraben

Newyork, 21. Oktober. In zwölf Staaten Amerikas wühten zur Zeit schwere Schneestürme. Newyork ist teilweise geradezu unter Schneemassen begraben. Es ist der kälteste Oktober seit langem.

# Hoch der Vorpostenkampf!

Paris, 21. Oktober. Sonnabend und Sonntag fand eine Sitzung des Erweiterten Vollkommensrates der Metallarbeiter des Pariser Bezirkes statt, in deren Verlauf die versammelten Betriebsfunktionäre folgendes Telegramm an die streikenden Metallarbeiter Berlins beschloßen:

„Der Erweiterte Vollkommensrat entsendet den kämpfenden Metallarbeitern Berlins den Ausdruck vollständiger Solidarität. Wir verfolgen unter der Führung der RGO, während des Kampfs mit Begeisterung. Angesichts der gemeinsamen Krise bezeichnen wir unseren eigenen Kampf gegen die Unternehmer, die Sozialfaschisten und den französischen Imperialismus vor.“

Es lebe der gemeinsame Kampf der Metallarbeiter gegen ihre französischen und deutschen Ausbeuter!“

Die Mitgliederversammlung der Union schweizerischer Metallarbeiter, Sektion Schaffhausen, sandte an die Berliner Metallarbeiter ein Telegramm, in dem sie den Vorpostenkampf begeistert begrüßt, aktive Unterstützung gelobt und ein Hoch auf die RGO, ausbringt.

# Demonstrationsstreiks der tschechischen Metallarbeiter

Prag, 20. Oktober. Der Kampf der tschechischen Metallarbeiter hat die tschechische Arbeitererschaft zu höherem Gegenwärtigkeit gegen ihre Ausbeuter begeistert. Auf die Besuche der Direktion der Staatlichen Eisenwerke in Hronov und Bobrova in der Slowakei, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiter zu lösen, eine Schlichtung vollständig zu entlassen und die übrigen Arbeiter auf einen vierzehntägigen unbezahlten Urlaub zu schicken, antworteten die 2000 Mann Belegschaft der Eisenwerke in Hronov mit der Niederlegung der Arbeit und zogen in einem geschlossenen Demonstrationzug zu dem über eine Stunde Weg entfernten Betriebe in Bobrova. Schon auf dem Wege dahin schloß sich eine Schicht des Betriebes Plesol an, und in Bobrova legten auch die Arbeiter dieses Betriebes die Arbeit nieder. Die gesamte Arbeiterschaft, 3500 an der Zahl, zog nunmehr in geschlossenem Zuge zur Direktion der Staatlichen Eisenwerke. Vor diesem Gebäude kam es zu zahlreichen schweren Zusammenstößen mit der Gendarmarie.

# Lappo trumpft wieder auf

Neuer Marsch nach Helsinki

Helsinki, 21. Oktober. Die Entführung des ehemaligen liberalen Präsidenten Stahlberg, der keineswegs ein Faschistenseind ist, durch Sekretäre der Lappo-Organisationen, hat den bürgerlichen Elementen in Finnland Schrecken eingejagt. Sie befürchten in den letzten Tagen eine „allmähliche Entwicklung“ zur faschistischen Diktatur.

Dies hat genügt, die Lappo-Faschisten sofort wieder verstärkt auf den Plan zu rufen. Als Antwort auf die angebotene Verhaftung von zwei ihrer Führer organisierten sie wieder einmal einen „Marsch nach Helsinki“. Daran beteiligten sich heute 600 schwerbewaffnete Bauern, die sich sämtlich mit der Entführung von Kommunisten brüsten und frech zu ihrer Verhaftung aufforderten. Selbstverständlich eilte der Innenminister Kuopila sofort herbei, organisierte Divisionen der Helsinki-Bürger vor den Lappo-Banden und entschuldigte sich bei ihnen vielmals.

# Hungerstreik in Lemberg

Warschau, 21. Oktober. 141 politische Gefangene in Lemberg, größtenteils Opfer des kommunistischen Wahlterrors, sind in den Hungerstreik getreten.

Die Zahl der Journalisten in Spanien, gegen die seit „Aufhebung“ der Pressezensur ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden ist, beläuft sich auf 261.

# Vor einem weltgeschichtlichen Ereignis!

# Eine zentrale Sowjetregierung für China

## 200 Bezirke fest in der Hand der Arbeiter und Bauern

Changhai, 21. Oktober. Die illegale „Chinesische Arbeiter-Korrespondenz“ meldet:

„In verschiedenen Provinzen in allen Gegenden Chinas gibt es zur Zeit über 200 Sowjetbezirke, deren Bevölkerung mehr als 30 Millionen beträgt; die durch die Sowjets mittelbar beeinflussten Massen sind ein Vielfaches davon. In diesen Sowjetbezirken sind alle konterrevolutionären Elemente beseitigt worden, während die Massen von den Betrieben, dem Boden und den Nahrungsmittelvorräten Befreiung ergriffen haben.“

Um die Sowjeterrschaft zu stärken und auszubauen und die Arbeiter- und Bauernmassen des ganzen Landes in den Kampf für die Sowjeterrschaft zu führen, um die revolutionären Kräfte Chinas zusammenzufassen und einheitlich leiten zu können, wird am 11. Dezember formell eine vorläufige Chinesische Sowjetregierung errichtet werden.

Sobald diese Regierung gebildet ist, wird sie zweifellos eine

ungleich größere Macht besitzen, um die breiten Massen in ganz China dazu aufzurufen, mutig für die Sowjeterrschaft zu kämpfen, das Ende der Kuomintangherrschaft zu beschleunigen und die chinesische Revolution zum endgültigen Siege zu führen.

Der Erfolg der chinesischen Revolution ist zugleich der Beginn des Untergangs des Imperialismus. Deshalb greifen zahlreiche imperialistische Kriegsschiffe und Flugzeuge in verschiedenen Teilen Chinas mit der Absicht der Verweigerung der roten Armeen an, um die Revolution zu unterdrücken. Die revolutionären chinesischen Massen treffen tagtäglich im blutigen Kampfe mit den Imperialisten zusammen.

Die Proletarier in der ganzen Welt müssen sofort der chinesischen Revolution materiell zu Hilfe kommen und ihren Kampf zum Sturz des internationalen Imperialismus verstärken.“

Peking, 21. Oktober. Aus Hankau wird gemeldet: Zehn Divisionen der Regierungsarmeen erhielten Befehl, sich für einen Vorstoß gegen die kommunistischen Truppen in Hupai, Hunan und Kiangsi bereit zu halten.

# Stetig wachsende Nachfrage nach Arbeitern — in der Sowjetunion

## Erklärungen des Arbeitskommissars entlarven alle Lügenberichte der deutschen Presse

Moskau, 21. Oktober. Der Arbeitskommissar der Sowjetunion, Genosse Zichon, erklärte, der jüngste Beschluß über die Einstellung der Erwerbslosenunterstützung sei dadurch hervorgerufen, daß infolge der stürmischen Entfaltung des Aufbaus der Industrie und der zügigen Entwicklung der Landwirtschaft sowie des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft, die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion völlig liquidiert wurde. Die zuständigen Stellen sind bereits nicht imstande, die stetig wachsende Nachfrage nach Facharbeitern und ungelerten Arbeitsträften zu befriedigen. Im August und September blieb die Nachfrage nach mehr als 500 000 Arbeitern unbefriedigt.

Die im Budget der Sozialversicherung freigegebenen Beträge werden zur verstärkten Heranbildung von Arbeitsträften und zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sowie der sonstigen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verwendet werden.

In dem Vierteljahr von Oktober bis Dezember sollen für die Heranbildung von Arbeitsträften zusätzlich 28 Millionen

# Oesterreichischer Faschismus verbündet mit Ungarn und Italien

## Major Pabst Verbindungsmann

Wien, 21. Oktober. Die „Rote Fahne“ meldet, daß der Major Pabst sich seit ungefähr vierzehn Tagen in Steinamanger in Ungarn aufhält. Steinamanger ist der Sitz eines ungarischen Divisionskommandos, bei dem sich eine Expositur des ungarischen Generalstabes befindet, die alle Nachrichten aus Oesterreich liest und die ungarische Propaganda in Oesterreich leitet. Damit ist beschäftigt ein Oberleutnant Luffsch, der vor einigen Jahren in Wien unter dem Namen Loskap im ungarischen Spionagedienst beim Oberst Buchberger tätig war. In der Gesellschaft dieses Spions Luffsch-Loskap wurde Pabst vor kurzem in Steinamanger gesehen.

Pabst spielt jetzt die Rolle des Verbindungsmannes des oesterreichischen Faschismus zum ungarischen sowie zum italienischen Generalstab.

nen Rubel, für den Bau von Arbeiterwohnungen zusätzlich 35 Millionen Rubel, für die Erweiterung und Neuschaffung von Kindergärten und Kinderkrippen drei Millionen Rubel verausgabt werden.

Außerdem für die Bauindustrie werden in diesem Vierteljahr mehrere zehntausend Arbeiter ausgebildet. Im Jahre 1931 müssen mindestens 1 200 000 Facharbeiter ausgebildet werden.

Die Arbeitsnachweise werden in Büros zur Heranbildung und planmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte umgewandelt.

Die Registrierung unbefähigter Werkstätiger wird durch die Heranziehung der Familienangehörigen der Arbeiter, Landarbeiter und armen Bauern erweitert. Diese sollen ausgebildet werden und in den Metall-, Kohlen-, Chemie- und anderen wichtigen Industrien Verwendung finden. Die demobilisierten Rotarmisten werden gleichfalls neu ausgebildet und sofort eingestellt.

# KPD. wächst im Wahlkampf

Wien, 21. Oktober. In Aggersdorf und Döbling zwei großen Industriestädten südlich von Wien, fanden große Wahlumgebungen der kommunistischen Partei und der Arbeitermehrheit statt. In der Demonstration beteiligten sich mehr als 1500 Arbeiter, zum größeren Teil Sympathisierende. Die Partei hat hier noch nie solche Massen vereint. Anschließend daran fanden eine Wahlkreisversammlung und ein roter Pressetag statt.

# Das 94. Todesopfer

Von der jugoslawischen Grenze, 21. Oktober. Am 16. Oktober wurde der Kommunist Risto Samandzitsch aus dem zweiten Stockwerk des Zagreber Polizeigefängnisses geworfen. Die Polizei veröffentlichte das übliche Communiqué, der Gefangene habe Selbstmord begangen, trotzdem er sich in einer Stube zusammen mit mehreren Polizeibeamten befunden hatte, und seine Leiche erst am nächsten Tage frühmorgens auf der Straße aufgefunden wurde. Samandzitsch, der trotz grauenhafter Folterungen seine Gefolgschaft und seine Partei nicht verraten wollte, ist das 94. Todesopfer der jugoslawischen Diktatur.

In Bombay kam es bei einer verbotenen Kundgebung zu schweren Zusammenstößen. 20 Personen wurden verletzt.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

20. Fortsetzung

Jetzt erkannte er die Größe des Kampfes. Etwas Selbstvertrauen hob ihn, rüttelte ihn, den Schwachen, vom Schuffen herab. Ein Teil der alten verbrauchten Kraft. Er fühlte sich in diesem Augenblick eins mit dem mächtigen Willen da draußen, der der Forderung und dem Riefen Arbeit Halt geboten hatte.

Er sah noch einmal nach den Schächten. Dann schwankte er in die Küche, wo seine Frau am Ofen saß und in die Glut starrte. Sie bewegte die Lippen, als wäre sie am Beten.

„Das habe ich vorausgesehen, das es so kommt!“ sagte sie klagend.

„Es ist Generallstreik, Mutter!“

„Was geht ihn der Generallstreik an?“ sagte sie, und ihre Stimme überschlug sich. Woll hat sie ihn ins Gesicht. „Du bist mit schuld, weil du ihn in seinen Lorbeeren unterstützt hast!“

„Keh' nicht so! Geh' hinaus! Die Schächte haben sie stillgelegt! Alles, was Kohle und Eisen gespuht, steht still! Das haben sie fertiggebracht, die Jungen! — Verküht du — die Jungen!“

Martin verteidigte jetzt mühselig die Angegriffenen. „Was du da sagst! Die beiden, sag ich nur so sein wie Raup und Zermad! Blind bist du! Draußen, ich' hin! Keine Stimme hörst du! Die Maschinen stehen, der Mütt fördert nicht! Der Mütt, in dem ich' mich' Jahre lang' geirret hab', in dem ich'

Kohlen- und Steindred gefressen habe! Sie haben Schluß gemacht! Sie wollen nicht krepieren, sie wehren sich! Ich kann es nicht mehr! Ich kann es nicht — aber der Junge!“

Sie erschrak vor seinem leidenschaftlichen Ausbruch. Furchtsam blinzelte sie ihn an. Sie quälte sich, um ihn zu verstehen. Einen kurzen Augenblick schien es auch ihr zu dämmern, blickartig, wie ein weit entfernter Wetterstrahl. Dann erlosch es wieder.

„Was geht ihn das alles an?“ wehrte sie sich verwehrt.

„Er soll davon bleiben!“ — — —

Raup war noch immer bei Zermad. Vier Stunden waren so vergangen. Sie sprachen in den vier Stunden wenig.

„So geht's nicht weiter!“ — Raup richtete sich plötzlich auf. „Dies Warten und Hintertreiben macht mich verrückt!“ knirschte er.

„Was willst du tun?“ sagte Zermad und war froh, daß Raup nicht mehr schwieg. Das Schweigen war härter als manche Steinigkeit im Mütt. Die Zeit schlich träge, unendlich schwerfällig und drohte alle Hoffnung.

„Die Partei muß etwas unternehmen, im Parteipräsidium anfragen.“

„Meinst du unsere Uspeker?“

Raup schwieg darauf. Er kannte die schwankende Haltung von Wilhelm Raubinger, dem Sekretär der Partei, der unter dem Einfluß der Mehrheitsler stand und furchtbarer war als mancher sozialdemokratische Arbeiter.

„Der einzige Weg ist — anpacken!“

„Du siehst, wie es geht!“ brummte Raup.

„Wir müssen es trotzdem noch einmal versuchen! Besser vorbereitet!“

Raup judte mit den Schultern. „Jetzt wird es schwerer gehen! Die Grünen sind aufmerksam geworden! Wir müssen mehr Waffen haben!“

„Waffen!“ — — — Zermad dachte an die vielen Maschinen-gewehre, die im Zentrum der Stadt montiert standen; an die Autos, die das Rathaus absperrten, gepulst mit drohenden Mündungen. Und sie? — Ein halbes Hundert Gewehre, eine Handvoll Munition war alles, was ihnen zur Verfügung stand. Damit sollte man seinen Hund hinter dem Ofen setz. Und

doch hatten sie in der Nacht angreifen wollen. Und sie hätten es bestimmt getan, wenn die Verhaftungen nicht erfolgt wären.

Das kurze Gespräch endete wie alle bisher geführten Gespräche. „Waffen!“ „Das war, was sie beide am stärksten beschäftigte. „Wo Waffen herholen?“

Zermad trat ans Fenster. Er sah auf die Straße hinab die sich zu benöckern begann. Er überflog mit einem prüfenden Blick das graue Gemäuer des Schlachthofes, wo alles scheinbar in tiefster Ruhe lag. Ein Lastwagen dröhnte über die Straße, schaukelte die Mietkasserne, daß sich das Gefährt auf dem Herd und Tisch in hüpfende Bewegung setzte und Ultrte.

Sie waren es gewohnt und achteten nicht darauf. Sie überhörten auch das Rufen an der Tür, das sich schon ein paarmal wiederholte. Erst als die Tür aufging und Frau Kreuzat, gelb im Gesicht und übermäßig, in ihrem Rahmen ersahen, fuhren sie auf und schauten die unerwartete Besucherin bestürzt an.

„Wo ist Franz?“ — fragte sie und sah die Männer feindselig an. Die gerieten in noch größere Verlegenheit. „Wo ist der Jung?“ fragte sie nochmals. „Was ist mit ihm? Warum sagst ihr's nicht?“

„Kommt rein!“ erwiderte Zermad.

„Ich will wissen, wo der Junge ist!“ — Sie blieb hartnäckig an der Tür stehen. „Die ganze Nacht treibt er sich herum, das tut er sonst nicht! Erst seitdem er mit euch zusammen läuft!“

„Franz ist — verhaftet!“ Es war hart für Zermad. Doch er haßte das Lügen. Hier war Lügen nicht am Ort. Raup duckte sich sichtlich: Nun kam es!

„Stehste!“ — Mehr brachte sie nicht heraus. Sie schludte, als wäre sie am Ersticken. „Stehste — das wußte ich!“ sagte sie endlich mit entstellter Stimme. „Das hat er euch, seinen verfluchten Freunden, zu verdanken!“

Zermad wurde blutrot: „Franz ist nicht allein festgenommen worden! Wahler und noch andere Genossen sind dabei! Gedulde euch bis . . .“

„Geduld?“ Sie stand mit gespreizten Händen vor ihnen. „Gedulden?“ — — — „Ihr Spießhüben!“

Raup erblickte bis in die Lippen: „Auch das noch!“

„Ihr redet Unsinn, Frau Kreuzat“, sagte Zermad heiser, „wir sind keine Spießhüben! Der Kavalier hat's verrätet! (Schluß folgt.)“

# Rund um den Erdball

**Explosion eines Untertage-Dynamitlagers verursacht:**

## Zurchtbare Grubentatastrophe bei Aachen

**Bisher 22 tote und 30 verletzte Kumpels geborgen — 150 zur Zeit noch eingeschlossen — Förderurm des Schachtes eingestürzt — Jede Verbindung mit den Eingeschlossenen unterbrochen — Zahl der Toten und Verwundeten steigt unaufhörlich — Erschütternde Berichte von Augenzeugen**

Am Dienstag morgen, um 7.20 Uhr, ist durch die Explosion eines auf der 200-Meter-Sohle untergebrachten Dynamitlagers der **Wilhelmschacht** der Grube Anna 2 bei Aisdorf zerstört worden. Bis zur Stunde war es noch nicht möglich, über die Auswirkungen der Explosion innerhalb des Bergwerks genaues zu erfahren. Denn da durch die Explosion auch der Förderurm des Schachtes einstürzte, ist jede Verbindung mit dem Innern des Bergwerks unterbrochen. Auch auf der Erdoberfläche rings um die Katastrophengrube hat die Explosion furchtbare Verwüstungen angerichtet. Das Verwaltungsgebäude wurde vollkommen zerstört. Ja sogar noch in entfernt liegenden Siedlungshäusern wurden zahlreiche Häuser abgedeckt und unzählige Fenster zersplittert. Die Feuerwehr und die Sanitätskolonnen aus dem ganzen Landkreis Aachen sind zur Unglücksstelle ausgerückt. Die fieberhaften Versuche, von einem anderen Schacht der Grube Anna 2 aus durch einen unterirdischen Verbindungsgang in das Unglücksrevier des Unglückschachtes zu gelangen, sind bereits gescheitert. Die ersten Arbeiten der Rettungskolonnen, die über Tage befindlichen Verunglückten wegzuschaffen, sind inzwischen beendet.

### Ein unvorstellbar wüstes Trümmerfeld

Aachen, 21. Oktober. Genau 7.20 Uhr erfolgte, wie bereits erwähnt, die Explosion auf der Grube Anna 2 in Aisdorf. Der gesamte Schachtbau sowie die darüberstehende Förderanlage mit den Maschinenhäusern, Waschräumen, Verwaltungsgebäuden usw. sind eingestürzt und bieten zur Zeit das Bild eines unvorstellbar wüsten Trümmerfeldes.

Das Bergzollager, das sich unter den Bürogebäuden befand,

ist ebenfalls in die Luft geflogen und hat das ganze Gebäude auseinandergerissen. 30 Beamte waren im Augenblick der Explosion dort tätig, zwei von ihnen wurden getötet, die übrigen sind mehr oder weniger schwer verletzt. Es ist unmöglich, das Ausmaß der Katastrophe zur Stunde in seiner ganzen Furchterlichkeit zu übersehen. In der Unglücksgrube war die ganze Frühfrühlicht und noch ein großer Teil der Nachtschicht tätig, so daß insgesamt rund 400 Bergleute unten eingeschlossen sind, über deren Schicksal bis zur Stunde noch nichts Genaueres berichtet werden kann.

kommer handelt, durch die gleichzeitig die schlagenden Wetter in der Grube entzündet wurden. Der „Kohlenkumpel“ und die „Arbeiterzeitung“ Aachen haben aber noch in der letzten Woche darauf hingewiesen, daß auf den meisten Betriebspunkten des Wilhelmschachtes in Aisdorf schlagende Wetter sich befinden.

So berichteten auch z. B. Kumpels in der letzten Woche, daß in der Pumpenkammer, direkt am Schacht, von ihnen starke Schlagwetter festgestellt wurden. Außerdem befinden sich bereits seit längerer Zeit auf dem Verließpunkt 231, Revier 10, Schlagwetteransammlungen, worüber die Betriebsleitung sofort informiert wurde. Bei dem Neubau der Verwaltung, die in den Kohlenkrober umgehore Flächen ohne Bergeversatz stehen und verfallen läßt, ist es kein Wunder, wenn sich dort schlagende Wetter ansammeln, die dann zu solchen Unglücken führen müssen.

Unsere Genossen schließen ihren Bericht, indem sie eine sofortige Untersuchung durch die Bergbehörden unter Hinzuziehung der kommunistischen Landtagsabgeordneten verlangen, die vor einigen Tagen bereits im Preussischen Landtag auf diese Mißstände in bezug auf die Wetterführung auf der Schachtanlage Anna 2 in Aisdorf hingewiesen und deren Beseitigung verlangt haben.

### Bisher auch zwei Parteigenossen unter den Toten

Unter den Toten sollen sich nach unseren bisherigen Feststellungen auch zwei Parteigenossen befinden. Das gegenüber dem Schacht liegende Parteilokal wurde total demoliert. Die Frau eines Genossen, die in diesem Hause wohnte und krank war, wurde durch den ungeheuren Luftdruck aus dem Bett geschleudert. Dadurch ist sie wahrscheinlich vor schweren Verletzungen bewahrt geblieben, denn das Bett wurde unter den hereinbrechenden Mauermaassen verschüttet.

Erschütternde Szenen spielen sich im Schacht ab. Dort sollen sich Kumpels mit verbrannten Körpern in Schmerzen winden, ohne daß ihnen Rettung gebracht werden kann. Einige Bergarbeiter kletterten aus dem zusammengestürzten Schacht heraus. Das letzte Stück mußten sie mit Seilen durch die Rettungsmannschaft herausgezogen werden.

### Wieder Trauerrummel

Diese entsetzliche Grubentatastrophe, von der wir erklärlicherweise nur erst ein unvollkommenes Bild geben konnten, erinnert in allen seinen furchterlichen Einzelheiten an die am 16. Mai 1925 auf der Zeche Dorffeld bei Dortmund geschehene Katastrophe, wobei 44 Kumpels getötet und 25 verletzt wurden. So wie heute handelte es sich auch damals um eine Explosion, die durch Entzündung eines Untertage-Dynamitlagers entstand. Da solche Vorgänge nach dem Bergwerksregeln zulässig sind, aber genau vorgeschrieben ist, wieviel Sprengstoff dort gelagert werden darf, muß vor allen Dingen untersucht werden, ob nicht die Höchstgrenze des unterirdischen Dynamitlagers verkehrserweise überschritten ist.

„Schwarze Fahnen über Deutschland“, so die gesamte bürgerliche Sensationspresse. Und schon beginnt bereits wieder der heuchlerische Rummel der Trauerkundgebungen. Man erinnert an die furchtbare Grubentatastrophe vom 9. Juli in Neurode. Man erinnert an dieses und jenes Unglück. Man vergleicht Kriegerkrieger über die hingemordeten Kumpels. Man behauptet die Bergarbeiterfrauen und deren Kinder. Jamohl, das entsetzliche Unglück „rührt“ die ganze bürgerliche Welt. Nur eines vergessen sie, und das ist, diesen furchtlich vom Tode bedrohten Grubenproletariern menschenwürdige Löhne zu bewilligen und für genügende Schutzvorrichtungen zu sorgen.

### Munitionsfabrik in die Luft geflogen

Breßburg, 21. Oktober. Am Montag nachmittag ereignete sich in der tschechoslowakischen Munitions- und Metallfabrik Roth AG. in Breßburg eine furchtbare Explosionskatastrophe. In einem Arbeitsraum, in dem Leuchtpatronen erzeugt werden, sprang von einer Kapselfresse die Kapfel ab und flog in den Sprengstoff, der explodierte.

Sofort gingen die Kleider der in dem Saal beschäftigten Arbeiterinnen Feuer, und obwohl es ihnen gelang, ins Freie zu kommen, wo ihnen die brennenden Kleider vom Leibe gerissen wurden, erlitten sie doch so schwere Verletzungen, daß sie bald nach Einlieferung ins Krankenhaus verstarben.

Unmittelbar nach der Explosion entstand ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Infolge des starken Luftdrucks bei der Explosion wurden sämtliche Arbeiter zu Boden geworfen. Bisher wurden 8 Tote, 4 Schwerverletzte und 13 Leichtverletzte festgestellt.

### Telefonische Verbindung mit den Eingeschlossenen

Bis kurz vor 11 Uhr waren etwa 50 Tote und Verletzte geborgen. Zwar sind die Trümmer des Förderurms bis jetzt erst zu einem kleinen Teil beseitigt, doch ist der Zugang zum Unglückschacht noch nicht ganz freigelegt. Telefonische Verbindung besteht lediglich mit den auf der 450-Meter-Sohle eingeschlossenen Kumpels. Sie haben sich auf Anruf gemeldet. Die Wetterführung der betroffenen Schachtanlage ist wieder in Ordnung gebracht. Die ersten Rettungskolonnen sind eingefahren. Die Belegkassen der Nachbargruben sind aus Sicherheitsgründen sofort nach dem Unglück herausbefördert worden.

Der amtliche Rundfunk meldete um 11.30 Uhr, daß noch 150 Bergleute vermißt werden. Die Rettungsmannschaften arbeiten sich jetzt durch einen Stollen der Grube Marie zur Grube Anna, um an die Verunglückten heranzukommen. Es wurde festgestellt, daß ein Fahrsteiger tot ist, ein Betriebsführer und drei Grubenbeamte mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Toten werden im Knappschaftsleichenheim in Aisdorf aufgebahrt. Die Verletzten werden in die Knappschaftskrankenhäuser in Wardenberg und in die Krankenhäuser in Eschweiler und Aachen transportiert.

### Unsere Aisberger Genossen berichten:

Aachen, 21. Oktober. (Eig. Ber.) Ich befand mich mit ungefähr sechs Kameraden bis zuletzt in der Waschklaue und wusch mich dort. Auf einmal ein unbeschreiblicher Krach, Staubentwicklung, riesige Stichtflamme! Wir wurden alle einige Meter weit fortgeschleudert. Als wir zur Besinnung kamen, sahen wir, daß der ganze Boden der Waschklaue mit Eisenteilen und Glassplittern überzogen war. Im ersten Schrecken versuchten einige Kumpels, durch die Tür das Freie zu gewinnen. Sie wurden aber durch besonnenen Kameraden zurückgerissen und im selben Moment erfolgte die zweite Explosion. Der Ausweg ins Freie wurde uns durch die zusammenbrechenden Mauern versperrt. Wir liefen, nur mit Hoje und Hemd bekleidet, durch das Fenster und sahen dort erst mal die Wirkung der Explosion.

### Die ersten Helfer: A.G.O.-Leute

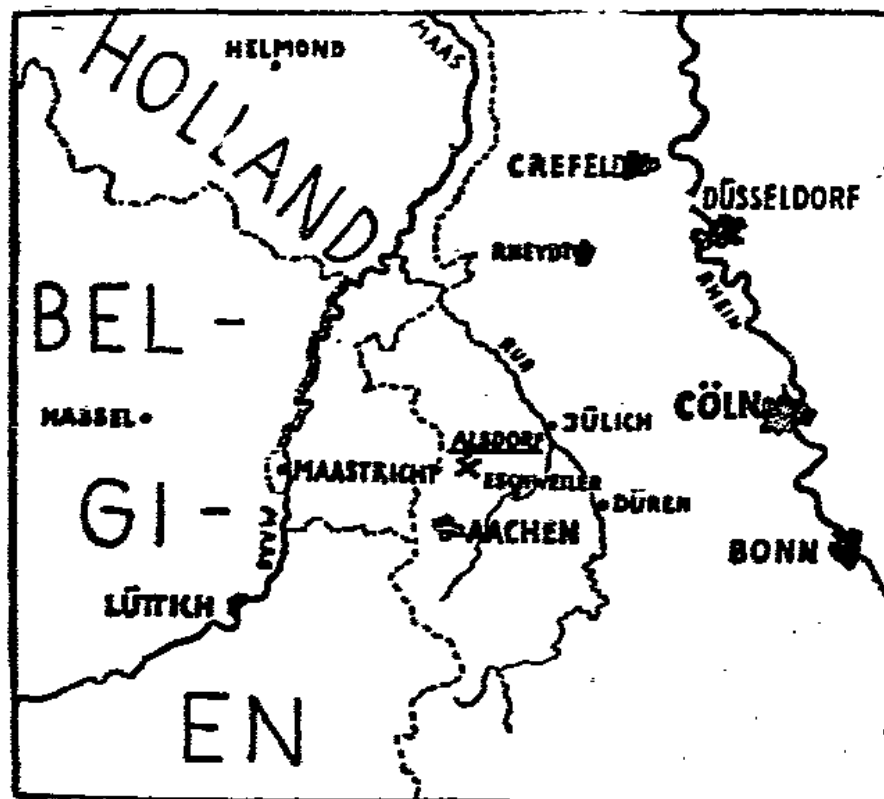
Das schwere Schachtgerüst hatte sich total über die Schachtöffnung gelegt, und das gesamte Verwaltungsgebäude war ein Trümmerhaufen. Weil wir wußten, daß sich Menschen im Gebäude befanden, liefen wir auf die Trümmerstätte zu, wo ein nicht zu beschreibendes Zammern und Schreien uns empfing. Als ersten gelang es uns, den Betriebsführer Klein, der mit einer 1½ Meter hohen Schicht von schweren Eisenstangen und Manerwerk bedeckt war, frei zu bekommen. Wir fordberten einen Kraftwagenführer auf, sofort mit uns den Verletzten zum Krankenhaus zu fahren. Dann nahmen wir weiter an den Rettungsarbeiten teil. Unter den ersten Helfern, die eintrafen, befanden sich eine ganze Reihe Mitglieder der A.G.O.-Gruppe sowie der kommunistische Gemeindevorsteher Deppe.

Unter den Trümmern des zusammengestürzten Schachtes und des Verwaltungsgebäudes befanden sich die Belegkassen der Kammerkassette, ungefähr die halbe Belegkassen der Nachtschicht, weiter die gesamte Belegkassen des Schachtbetriebes. Schacht Anna II hat etwa 2000 Mann Belegkassen. Einem Teil der Belegkassen gelang es, über Schacht Anna I oder Schacht Anna III das Freie zu gewinnen. Es befinden sich augenblick-

lich noch zwei Reviere mit etwas über 100 Mann in der Grube. Der größte Teil dieser Kumpels wird wahrscheinlich nicht lebend geborgen werden können. Ein christlicher Betriebsrat wurde tot aufgefunden. Außerdem ist der christliche Betriebsratsvorsitzende tot. Schwer verletzt und wahrscheinlich nicht mit dem Leben davontkommend wurde der SPD-Betriebsrat Wagemut geborgen. Unter den Trümmern des Lohnbüros befanden sich etwa 30 Beamte und Angestellte, darunter zwei Frauen. Von ihnen konnten bis jetzt vier Tote, darunter eine Frau, geborgen werden. Bis jetzt wurden etwa 40 Tote aus den Trümmern des Schachtes geborgen. Etwa 30 Verletzte konnten ebenfalls hervorgezogen werden.

### „Ist unser Vater dabei?“

Herzzerreißende Szenen spielen sich vor den Zehentoren ab. Laufende umsäumen die Unglückszeche, Hunderte umlagern die Straße, die zum Krankenhaus führt. Frauen und Kinder mit



Lage des Unglücksortes Aisdorf.

tränenenden Augen fragen die Wagenführer oder die Begleitpersonen: „Ist unser Vater dabei?“ Die Schuldfrage ist bis jetzt noch keineswegs geklärt. Es wird zwar behauptet, daß es sich um eine Explosion der Dynamit-

# Breslau

## Nieder mit der Arbeitsdienstpflcht!

Jungproleten, wehrt euch gegen Arbeitsdienstpflcht, weiteren Unterdrückungsmaß und Faschismus! Am heutigen Mittwoch um 20 Uhr findet im Lokal „Silesia“, Friedrichstraße (an der Markthalle), eine Jugendversammlung statt. Die Agitproptruppe „Komjomo“ wickelt mit Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, besetzt recht zahlreich die Versammlung!

## Raubüberfall in der Kantstraße

Gestern mittag gegen 18 Uhr wurde in dem Hause Kantstraße 28 im zweiten Stockwerk auf der Treppe eine Bewohnerin dieses Hauses von einem jungen Manne überfallen. Dieser warf die Frau nieder und versuchte, ihr die Handtasche gewaltsam zu entreißen. Dieses gelang ihm jedoch nicht, da sich die Frau wehrte. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen ergriß er die Flucht und konnte trotz Verfolgung unerkannt nach der Straße zu entkommen.

## Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Der Kampfbund, Abteilung Ost, hatte sich zum Ziele gesetzt, seinen Mitgliederbestand in vier Wochen zu verdoppeln. In der am Montag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß dieses Ziel bereits erreicht ist. Künftig haben sich die Kameraden zur Aufgabe gestellt, in den nächsten vier Wochen 200 neue Mitglieder zu gewinnen. Wir sind überzeugt, daß die Erreichung des Zieles gelingen wird.

## Samariterkurse

Die Kolonne Groß-Breslau des Arbeiter-Samariterbundes veranstaltet im kommenden Winterhalbjahr neue Unterrichtskurse in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen, die jeden Teilnehmer mit dem erforderlichen Wissen vertraut machen sollen, das befähigt, einem Verletzten Hilfe zu leisten. Die Kurse werden in folgenden Stadtteilen: Westend: jeden Donnerstag in der Schule Posener Straße; Dbertor: jeden Mittwoch in der Schule Rosenstr.; Scheitnig: jeden Dienstag in der Schule Fürstenstraße; Dhlauer Tor: jeden Dienstag in der Schule Tauentzienstr., Ede Grünstraße; Gräbchen: jeden Dienstag in der Schule Sadownastraße. Für die eingemeindeten Ortschaften: Deutsch-Lissa: jeden Dienstag in der evangelischen Volksschule; Stabelwitz: jeden Mittwoch in der Heilanstalt Herrnhuttschule; Hundsfeld: jeden Mittwoch in der Schule. Der Unterricht ist gemeinsam für Männer und Frauen und beginnt um 20 Uhr. Für Frauen und Mädchen wird ein besonderer Kursus an jedem Mittwoch um die gleiche Zeit in der Aula des Zwinger-Gymnasiums durchgeführt. Zur Deckung eines Teiles der Unkosten wird ein geringer Teilnehmerbeitrag erhoben. Meldungen am ersten Unterrichtsabend. Falls sich genügend Teilnehmer melden, ist außerdem vorgesehen, auch in der Siedlung Zimpel einen Kursus in der Friedrich-Ebert-Schule stattfinden zu lassen.

## Achtung, Rote-Hilfe-Funktionäre!

Am Mittwochabend 20 Uhr Gesamtfunktionäreversammlung der Roten Hilfe in den „Silesia“-Gaststätten Friedrichstraße (an der Markthalle). Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

## Eine Pressedemonstration

Veranstaltet der Stadtteil Nord. Antreten 20 Uhr am Weissenburger Platz.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern abend gegen 19 Uhr an der Ede Schweidnitzer Straße und Nikolaistadtgraben. Die Ehefrau Babuske aus Münsterberg, die an dieser Stelle den Fahrdamm

# Feuerwehr rast auf den Bürgersteig

Wir haben vorgekern gemeldet, daß die Feuerwehr auf dem Königsplatz in die Straßenpassanten hineingerast war. Der Polizeibericht über den Vorfall lautet: Am Montag gegen 9.40 Uhr ereignete sich auf dem Königsplatz ein schwerer Verkehrsunfall. Um diese Zeit kam ein Wagens der Feuerwehr mit zwei Wagen vom Nikolaistadtgraben her. Der erste Wagen fuhr bis auf die Mitte des Königsplatzes, fuhr dann um die Insel nach links herum in die Friedrich-Wilhelm-Straße. Der zweite Wagen folgte 60 bis 80 Meter hinter dem ersten und fuhr genau die gleiche Richtung. Als dieser Wagen kurz vor der Mitte am Königsplatz angelangt war, muß er durch einen Radfahrer verhindert (?) worden sein, genau nach links um die Insel herum zu fahren. Der Wagen fuhr geradeaus auf den gegenüberliegenden Bürgersteig, auf den Teil, auf dem sich das Bismarckdenkmal befindet. Diese Stelle passierte gerade die 72jährige Frau Kurek aus der Anderssenstraße 87 mit einem Kinderwagen. Sie wurde von dem Fahrzeug erfasst, zu Boden gedrückt und überfahren. Der Kinderwagen wurde von dem Stoß in die Grünanlagen

geschleudert, wobei das im Wagen sitzende einjährige Kind Alfred Schmigale aus der Kleinen Holzgasse 6 aus dem Wagen heraussprang und einen Oberarmbruch erlitt. Die unter das Fahrzeug geratene Frau Kurek erlitt einen Schädelbruch. Auch wurde ihr das linke Bein zermalmt. Sie war auf der Stelle tot und wurde von einem Krasibroschleifwagen in das Allerheiligen-Hospital geschafft. Ein weiterer Fußgänger, der gerade die Unfallstelle passierte, der Metallarbeiter Hugo Hoffmann, 40 Jahre alt, Kupferknechtstraße 84 wohnhaft, wurde ebenfalls von dem Fahrzeug auf dem Bürgersteig angefahren und erlitt einen komplizierten Nasenbeinbruch, rechten Beckenbruch und Hautabschürfungen und Verletzungen am ganzen Körper. Der 17jährige Lehrling, der als Radfahrer an dem Unfall beteiligt war, erlitt Verletzungen am Unterarm und Prellungen am Gesäß. Sämtliche Verletzten wurden sofort von Straßenpassanten in das Allerheiligen-Hospital gebracht. — Zur Schuldfrage äußert sich die Polizei noch nicht.

## Organisiert den Mieterkampf im Zentrum!

Heute, Mittwoch, 20 Uhr findet im „Gelben Löwe“, Oberstraße 23, eine öffentliche Mieterversammlung statt. Angehts der angekündigten Mietererhöhung fordern wir alle Mieter zum Besuch der Versammlung auf. Thema: „Wie organisieren wir den Abwehrkampf?“ Referent: Stadtverordneter Genosse Zylla.

überschritt, wurde von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Bei dem Sturze trug die Frau eine schwere Gehirnerschütterung und Rippenbrüche davon. Sie wurde sofort in das Allerheiligen-Hospital gebracht, wo sie noch immer vernehmungsunfähig in Lebensgefahr danielerlegt.

Opernstraße. Die Straße zwischen dem ehemaligen General-Lommando und dem Stadttheater ist „Opernstraße“ benannt worden. — Die Verlängerung der Werderbrücke über die Nordober erhielt den Namen „Werderbrücke“. Der neue Straßenzug, der nördlich anschließend zur Kohlenstraße führt, die Bezeichnung „Am Oberkromwerk“, und zwar entsprechend einer gleichnamigen Bezeichnung, die ein in früherer Zeit an dieser Stelle belegenes Festungswerk führte.

Wanderausstellung für „Ernährung von Mutter und Kind“. Der Magistrat gibt bekannt: Da die Volksernährung, besonders aber die der Kinder, eines der wichtigsten Probleme ist, haben es der fünfte Wohlfahrtsverband in Gemeinschaft mit dem Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit in Berlin, verstanden, als Werbe- und Aufklärungsmittel eine Ausstellung zu schaffen, die klar und zweckmäßig jedem Gelegenheit gibt, sich über sachgemäße Ernährung und die damit verbundene Gesunderhaltung des Menschen Richtlinien an-

zueignen. Hierüber und auch über die Ernährung der werdenden und stillenden Mutter geben leicht verständliche Zeichnungen und erläuternde Texte eine allgemeinverständliche Aufklärung. Diese Ausstellung wird am 21. Oktober, 18 Uhr, im Städtischen Jugendheim, An der Matthiaskunst 2, eröffnet, und ist vom 22. Oktober bis 30. Oktober 1930, täglich von 10—18 Uhr, für jeden zugänglich, zu dem geringen Eintrittspreis von 10 Pfennig. — Ob auf der Ausstellung auch gesagt wird, wie die Profetarbeiter die notwendigen Lebensmittel erhalten können, darüber wird in der Bekanntmachung des Magistrats nichts gesagt. Trotzdem empfehlen wir den Besuch der Ausstellung.

Alle JAG-Mitglieder in den Stadtteilen Nord, Nordost und Ost kommen heute, Mittwoch, zu Raberstraße, Kirch, Ede Bodstraße, zur Mitgliederversammlung. Die JAG-Mitglieder des Stadtteils West kommen Mittwoch, 20 Uhr, zur Mitgliederversammlung in die „Gambirtus-Gaststätte“, Lange Gasse.

Alle kommunistischen Freidenker treffen sich am Mittwoch um 10 Uhr in den „Silesia“-Gaststätten, Friedrichstraße.

Kampfbund West. Heute 20 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung in den Zentralballsälen.

Kampfbund Nord. Antreten mit Jugendstaffel Donnerstag um 19.30 Uhr am Weissenburger Platz.

## Frecher Naziüberfall in Gurtich bei Strehlen

A. A. Auch in Strehlen und Umgegend gehen die Nazibanditen jetzt mit einer Brutalität vor, welche durchaus geeignet ist, die gesamte Arbeiterschaft zu alarmieren. So wurde am Sonnabend der Steinarbeiter Verthold Stiller aus Gurtich beim Verlassen des Lokals Kattcher von vier Nazistrolchen niedergeschlagen und in bestialischer Weise mißhandelt. Von den Nazistrolchen ist der Landwirt Johann Paul Adam aus Kitzdorf bei Strehlen einwandfrei erkannt worden. Eine eigenartige Rolle bei diesem Vorfall spielte der Gastwirt Kattcher, indem er dem verdrögerischen Tun der Nazisten in aller Ruhe zusah und somit eine offensichtliche Begünstigung dieses Verbrechens zu erkennen gab. Aufgabe des Kampfbundes gegen den Faschismus in Strehlen wird es nun sein, auch auf dem Lande Ortsgruppen zu schaffen, um der braunen Mordpest das Handwerk zu legen.

## Die Bürgermeisterfrage in Strehlen

Außerordentliches Kopfschütteln bereitet den Strehlener Epischern die Frage: „Wird Bürgermeister Ennulat nach Ablauf seiner

Amtsperiode wieder auf seinen Posten zurückkehren, oder wird er einem anderen Kandidaten Platz machen müssen.“ Diese Frage, die u. a. auch bei der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag als vorletzter Punkt zur Debatte steht, wird auch in Arbeiterkreisen bereits lebhaft diskutiert. Wir als Kommunisten können einer Wiederwahl des jetzigen Bürgermeisters niemals zustimmen, auf die Erfahrungen gerade der letzten Zeit, wo er als Verzemt der Polizei bei den strechen Übergriffen der Nazibanditen ein Machtwort zu sagen gehabt hätte, davon nichts zu spüren war, im Gegenteil, die Frechheit dieser Mordtaten trägt unter keinem Regime auch hier in Strehlen immer deutlichere Früchte. Mit Kommunisten spricht die Polizei ein anderes Wort, eben weil sie weiß, daß hinter ihr ein Mann steht, der sich immer mehr auf die faschistische Linie orientiert. Auf der anderen Seite könnte der Bürgermeister Ennulat schon längst etwas auf seine vielen Privatfreuden zugunsten der vielen hungernden Profeten (Wohlfahrtsempfänger) verzichtet haben. Mangel an sozialem Verständnis und übergroße Liebe zu Privatvergnügen sind keine Eignungen, die für eine Wiederwahl sprechen.

## „Das Lied vom alten Markt“

Film aus der Sowjetunion im Palais-Theater

GA. Das Palais-Theater auf der Schweidnitzer Straße, das erst vor kurzem die proletarischen Filme „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“ und „Zurück“ herausbrachte, spielt in dieser Woche einen der besten revolutionären Filme, die je gelaufen sind, den Russenfilm „Das Lied vom alten Markt“, der in der Sowjetunion gedreht und dem Prometheus-Verleih, Berlin, übergeben wurde. — Das Drehbuch ist nach einer Novelle von Maxim Gorki geschrieben und ist ein erschütterndes und filmisch herrliches Dokument der vor-revolutionären Periode Rußlands. In einem russischen Marktsiedeln leben Menschen, die das herrschende zaristische System widerstandslos und stumpf gemacht hat, hde und eintönig fließt ihr Tagewerk, das aus Herumstehen und Schimpfen besteht, dahin. Paal und Faderei lassen sie persönliche Vorurteile hinter sich, jedes Streben ist in ihnen vernichtet. Die rohe, körperliche Kraft, ungefüge und ohne Ziel, herrscht. Der starke Mensch macht sich durch seine Brutalität alle untertan. Aber er weiß nicht, wen er schlägt, weiß nicht, warum er das tut. Die Verdörperung dieser ideologischen Figur ist der stärkste Mann des Siedelns, der starke Artem, vor dem die Marktsiedler in geilem Lächeln erzittern und den die Männer nicht zu belästigen wagen. Die Frau eines Fischhändlers liebt diesen Menschenlos und er sie. Der Fischhändler besticht vier Individuen, daß sie den Artem umbringen. Schnaps, weißer Wodka, macht ihn betrunken, und sie stürzen ihn in den Fluß. Aber um Haarsbreite vom Wasser entfernt bleibt er am Ufer liegen und wird von dem von allen verachteten Juden gerettet. In dem Hause dieses Ausgestoßenen, der der Schuster der Menschen des alten Marktes ist, versammeln sich regelmäßig gleichgesinnte Genossen, die für das „menschliche Leben“ kämpfen, die den Sozialismus fördern und ihm immerfort neue Anhänger zuführen bestrebt sind. Von ihnen lernt Artem von seinem Krankenlager aus, das es Höheres gibt, als Schnaps trinken, zu haben und brutal zu sein, daß jeder Mensch ein Recht darauf hat, als Mensch und menschenwürdig zu leben. Verbotene Schriften werden ins Haus gebracht, er liest sie mit Fanatismus und Eifer, wird ein neuer Kampfgewisse gegen die herrschende Macht. Aber er sieht auch ein, daß die dort noch lebende Generation niemals mehr revolutionäre und Klassenbewußte Instinkte haben wird. Die, die dort in der Kneipe hocken, keine Interessen haben, sind Kleinbürgerliche und großbourgeoisige Elemente, die sich in einer Scheinwelt als Herren fühlen. Sie sind arme, verlassene Menschen. In diesem Satz liegt der Film aus.

Artem ist die verkörperte physische Kraft, die durch den Sozialismus zu einer produktiven und wertvollen Verwendung kommt. Der Film ist das Epos des Proletariats, der aus den dumpfen und tiefen Niederungen, die durch die Unterdrückung durch die herrschende Klasse Raum haben, zu einem höheren Ziele anstrebt.

Aber nicht nur den Lebendwert des Filmes, der in dem breiten, sozialistischen Staat gedreht werden konnte, ist so hart und groß sondern auch die künstlerischen Belange stehen auf einer ungeheuer hohen Warte. Ein Film, in dem jedes einzelne Bild ein Kunstwerk ist, das Milieu mit solchem herrlichen, mitunter beinahe grausamem Realismus gezeichnet ist. Die Bildwirkung ist die entscheidende, Text kommt nur hin und wieder an den unumgänglichen Stellen zur Anwendung. Wie hoch steht dieser Film über der Mittelschichtproduktion der deutschen Filmgesellschaften, die eine planmäßige Gehirnverschleimung bezwecken!

Die Personen des Filmes, die hin und wieder nur durch verschwommene Gesichter angedeutet sind, haben sämtlich die Lebenswärme der absoluten Realität, die Figur des Artem wirkt so mitreißend und erschütternd, daß man gebannt jede Phase der Handlung verfolgt, sein Gesicht mit den tiefen Augen nie los werden kann.

Es ist der beste Film, den wir seit langer Zeit je sahen, der alle deutschen Filme himmelhoch überragt.

Zuvor läuft der auch von der Prometheus-Gesellschaft herausgebrachte „Schinderhannes“, der revolutionäre Linien zeigt. Hier, zu der Zeit, als Karl Zudmeyer dieses Drehbuch schrieb, war er noch nicht der Liebhaber der Kleinbourgeoisie, in der er heute nur noch Salonrevolutionen zu entfesseln bestrebt ist.

Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß diese Filme, natürlich in erster Linie das „Lied vom alten Markt“, gesehen haben!

## „Neues vom Tage“

Es ist hier wieder einmal der Versuch unternommen, die Opernhandlung in die Gegenwart zu verlegen. Aber der Textdichter hat sich die Sache doch etwas sehr leicht gemacht. Ein Ehepaar will sich scheiden lassen und sucht einen Scheidungsgrund künstlich zu schaffen. Dabei ergeben sich sensationell sein sollende Szenen: der Mann schleudert auf den gemieteten Liebhauer im Hofraum eine Pistole und wird eingesperrt, während die Frau mit demselben „Scheidungsgrund“ Mitteilung im Badezimmer vom Personal überbracht wird. Auf Grund dieser mehr als mageren „Szenationen“ werden heute auch Komödien als Opernhandlung bei welcher Belästigung

sie dann wieder zueinander finden. Eine reichlich unwahrscheinliche und an den Haaren herbeigezogene Angelegenheit also. Zwischen den einzelnen zehn Bildern der „lustigen Oper“ läuft ein Film, der eigens dafür gedreht ist, mit denselben Darstellern wie auf der Bühne. Aber dieser Film verdeutlicht leider nicht die Handlung, er gibt ihr auch sonst keine Impulse, weil er in hohem Grade belanglos ist. Es sah fast so aus, als hätte man den Film nur darum mit verwendet, weil das seit Piscator als letzte Regie-Rolle gilt. Würde aber Piscator einen derartig einfalligen Filmstreifen zeigen, so müßte er damit rechnen, ausgepöfist zu werden. Man wird bei den Bühnenvorgängen nicht recht warm. Einzelne Bilder, wie die Badezimmerzene, enden durch endloses Auspinnen einer einzigen Situation völlig in Monotonie. Anderes wieder ist recht ansprechend gelungen, wie die Szene im Büro des „Büros für Familienangelegenheiten“. Ueberhaupt ist der Chef dieses Büros, der „schöne Herrmann“, die einzige Figur von markanter Prägung. — Die Musik Hindemiths hätte einen besseren Text verdient, denn sie ist von harter, eigenwilliger Wirkung. Es gab am Schluß starken Beifall, der sich fast tumultuös entwickelte, als einige Patentkreuzer auf Schiffseln pöfien, wohl weil sie die Musik Hindemiths für Regermusik hielten. muscha

Gewerkschaftshaus-Kino. Charlie ist im Wochenprogramm zu Gast. Der Film berichtet über seine Abenteuer. Dieser Künstler bringt keine dem Zirkus abgelaufene Clownerie, sondern aus dem Leben herausgenommene Komik, die im Film weiter ausläuft, in der Wirklichkeit meistens jedoch tragisch endet. Der zweite Film, „Das närrische Glück“ mit Marie Paubler, ist ein sogenannter Publikumstreifer. Der Untertitel des Films heißt „Der Roman einer Arbeiterin.“ Besser gesagt, das Märchen einer Arbeiterin. Die große Sehnsucht der Bestloßen, aus ihren ärmlichen Verhältnissen herauszukommen, hat dieser Film zum Motiv. Das Leben ist anders als der Film. Auf der Bühne sind in dieser Woche Arbeiter-Mandolinisten und umrahmen mit einigen Worten die gesamte Veranstaltung.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Gansler, Berlin; für den Brotzeitteil (außer Oberbremen): Ernst Müller, Berlin; für Oberbremen: Fritz Jendrysch, Gubenburg. — Für Inserate: Karl Gansler, Berlin.

Wappenhof. In dem beliebten Familien-Casino werden im zweiten Oktober-Programm wieder zehn Ballett-Kompositionen um die Kunst der großen Bühnenkünstlerinnen

# Waldenburger Bergland Waldenburger Bergarbeiternot vor dem Landtag

## Schluss der Rede des Genossen Wollweber

Als der Genosse Wollweber das Verlangen der SPD. gegen den Bergarbeitern anbrachte, regte sich besonders der „Beobachter“ Hellmann auf. Unter anderem machte er auch den Vorschlag, dass die SPD. die Zustände kennt. Genosse Wollweber erwiderte in der Fortsetzung seiner Rede: Ich frage: Was ist aber von sozialdemokratischer Seite getan worden, um dieses grenzenlose Elend im Waldenburger Bergland herabzumindern?

Hier liegt zwar ein Gesetzentwurf zur Unterstützung des Grubenkapitals in Waldenburg vor; aber alle Anträge der Kommunisten zur Verbesserung der Lage der Waldenburger Bergarbeiter sind von den Sozialdemokraten in den Ausschüssen niedergestimmt worden.

Das ergibt sich ja ganz klar aus dem Verlaufe der Sitzungen, bei denen die vorliegenden Protokolle ausgearbeitet sind.

Während man also jetzt dem Grubenkapital Subventionen gewährt, aber das Versprechen auf Gewährung von Lohnerhöhungen, das Versprechen auf Verbesserung der Wohnverhältnisse bricht, während man praktische Lohnsenkungen durchführt, sorgt man für das Grubenkapital. Man denkt auch nicht daran, andere Versprechen einzufüllen. Man hat erklärt, daß die Kreditgewährung eintreten müsse, damit im Waldenburger Bergland nicht noch mehr Arbeiter auf die Straße geworfen werden müßten.

In Wirklichkeit sind aber in der Zeit vom Januar bis Juni dieses Jahres die Beschäftigten in Waldenburg von 28 000 auf 25 650 gesunken worden. Das heißt: es sind im Waldenburger Bergland in diesen paar Monaten 2354 Arbeiter entlassen worden.

Und diese Entlassungen werden fortgesetzt, werden fortgesetzt trotz des Versprechens, daß wenn Kredite gewährt werden, Entlassungen nicht stattfinden sollen. Aber nicht nur, daß man Bergarbeiter hinauswirft; gleichzeitig steigert man die Ausbeutung, so daß wir die Tatsache zu verzeichnen haben, daß die Kopplung des einzelnen Bergarbeiters vom Januar bis zum Juni dieses Jahres allein um 4,8 Prozent erhöht wurde.

und der Geschäftsbericht der Kiebag stellt ausdrücklich fest, daß das letzte Jahr als zufriedenstellend angesehen werden kann. Das heißt: das Waldenburger Grubenkapital gibt zu, daß große Profite gemacht wurden — das Geschäftsjahr war „zufriedenstellend“ —; aber die preussische Staatsregierung unterstützt diese Waldenburger Bergbaulapitalisten noch durch Subventionen. Daß es sich um solche handelt, steht ja ganz außer Zweifel.

Aber wir haben noch etwas anderes in diesem Gebiete zu verzeichnen. Man gewährt dem Waldenburger Grubenkapital Subventionen quasi als Belohnung für sein Antreiberystem, das schließlich dazu geführt hat, daß gerade in diesem Teil des deutschen Bergbaues eine große Anzahl von Arbeitern dem Profit zum Opfer gefallen ist. Durch die beiden Unglücke auf der Glühfild- und der Wenzelsgrube zeigt sich ganz klar,

daß das Waldenburger Grubenkapital die Arbeiter in unerschämtester Weise ausbeutet und daß schließlich die größten Katastrophen eintreten. Und zur Belohnung dafür bekommt dann das Waldenburger Grubenkapital durch die preussische Staatsregierung Subventionen.

Die Waldenburger Grubenkapitalisten sind durchaus nicht bescheiden und werden eine durchaus bewährte Erpressermethode an. Sie sagen einfach, daß, wenn sie die Kredite nicht erhalten, ihre Betriebe still-

gelegt werden. Wir Kommunisten lehnen diese Kreditgewährung selbstverständlich ab; denn sie ist ein Bestandteil jener kapitalistischen Wirtschaftspolitik, die ja von dieser Regierung immer unterstützt und zum Teil selbst durchgeführt wird.

Die Waldenburger Bergarbeiter befinden sich auf dem Wege, immer mehr und mehr zu erkennen,

daß es nur ihre eigene Kraft sein wird, die ihnen helfen kann. Sie haben bereits Kämpfe geführt und haben auch Erfolge erzielt, haben aber bis jetzt eine grundlegende Veränderung noch nicht erreichen können. Die wachsende Erkenntnis, daß nur die eigene Kraft sie dazu befähigt, ihre Lage zu verbessern, ist auch durch die Wahl vom 14. September zum Ausdruck gekommen; die Sozialdemokraten haben eine Duldung für ihr Verhalten von den Waldenburger Arbeitern bekommen.

Sie haben allein im Waldenburger Bergbaugebiet 10 000 Stimmen verloren, während die kommunistische Partei ihre Stimmengzahl verdoppeln konnte.

(Zuruf des Sozialdemokraten Winger: Das ist nicht wahr!) Herr Winger, im Neuroder Gebiet, wo das große Grubenunglück stattgefunden hat, und wo Sie mit die Rettungskommission für das Grubenkapital bildeten,

hat sich die kommunistische Stimmengzahl sogar verdreifacht. Wer eins ist gemäß: Diese Vermehrung bedeutet nicht, daß dadurch die Lage der Bergarbeiter allein verbessert werden kann. Wir Kommunisten werden den Bergarbeitern sehr deutlich sagen, daß der nächste Schritt sein muß,

den Kampf um Lohnerhöhung zu organisieren, und da die Gewerkschaftsbürokratie diesen Kampf nicht führen kann, sondern sabotieren wird, werden die Bergarbeiter auch erkennen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition als einzige Instanz ist, diesen Kampf nicht nur zu organisieren, sondern auch siegreich zu beenden. Die letzte Industriegruppentagung der Bergarbeiter in Waldenburg hat ja bereits ein Programm für die Organisation eines solchen Lohnkampfes aufgestellt.

Das zeigt den wachsenden Kampfwillen der niederschlesischen Bergarbeiter, die eine Verbesserung ihrer Lage auf diesem Wege erstreben.

Das letzte Mittel wird allerdings die Zerschlagung des kapitalistischen Systems sein, da ja nur dadurch das Elend, das in diesem Gebiete herrscht, endgültig zu beseitigen ist. Wir lehnen selbstverständlich eine Subventionierung des Grubenkapitals ab und stellen uns an die Spitze der Bergarbeiter bei ihrem Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

### Achtung! „Arbeiter-Zeitungs“-Leser in Faulbrück, Leutmannsdorf und Umgegend

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, findet in Leutmannsdorf ein proletarischer Filmabend statt. Zur Aufführung gelangen: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, ferner „Das Kind in der Sowjetunion“ und ein gutes Programm.

Alle benachbarten Ortsgruppen werden ersucht, sich diesen Abend frei zu halten und Leutmannsdorf zu unterstützen.

## Niederschlesien

### Görlitz

#### Görlitz im Blitzlicht

Die Wegeverhältnisse an der Sattigstraße haben wir schon einmal kritisiert; wir wissen auch, daß dort an Regentagen eine Badeanstalt mit Wasserbadern ungenügend zur Verfügung steht. Die Benutzung ist nur für diejenigen, welche aus ihren Knochen das Geld für größere Vorbereiten ihrer Arbeitgeber herauszuschinden müssen. Mängel der Straße sind lange diesen Dreckschnecken erhalten, wir erdulden alles „gem“, schon im Interesse der Zeppelinfahrt des Oberbürgermeisters.

Die Bautätigkeit in der Südstadt wurde in allen bürgerlichen Zeitungen so sehr gepriesen. Es stimmt wohl, daß Häuser gebaut werden, aber keine Straßen. Unsere häßliche Bauverwaltung hat nun ein kunstfertig fertiggebracht, was wohl in der Geschichte einzig dasteht. Wir haben einen Verbindungsweg zwischen Sattig- und Lutherstraße (Schwarzer Weg), und weil nun dieser Weg einigermaßen gangbar war, wurde er gesperrt. Man erschließt nun eine neue Straße, wo kürzlich erst Häuser gebaut wurden. Dieselbe ist so wunderbar, daß an Regentagen einer den anderen aus dem Dreck ziehen muß. Wo bleibt der Tiergärtnerverein, wenn sechs Pferde einen Möbelwagen nicht von der Stelle bekommen, und der vollgepresste Expediteur die Kutcher auffordert, die Peitsche verkehrt zu nehmen?

Da wir gerade bei der Beschaffenheit unserer Straßen sind, so möchten wir doch mal anfragen, ob in der Stadt keine arbeitslosen Steinleger vorhanden sind? Auf verschiedenen Straßen wurden Kiesel gelegt, Gullys ausgetauscht usw., aber das Pflaster wird nicht in Ordnung gebracht. Da die meisten Arbeiten bei starkem Regenwetter gemacht wurden, sind auf verschiedenen Straßen Löcher, wie die Badewannen so groß. Hoffentlich wird der Uebelstand nicht zu schnell behoben; wir wollen doch unsere Bauverwaltung nicht gar so schnell aus ihrer Ruhe bringen. Aber Baupolizei — wo bleibt die?

Er war einmal! Rämlich der Weg für Radfahrer auf der Kunnerwitzer Straße! Nachdem sich die Radfahrer daran gewöhnt hatten, wurde er laffert. Es heißt, die Radfahrer wären zuviel auf dem Bürgersteig gefahren. Ist etwa damit die Polizei gemeint, die gleich als in die Haustür ihres Reiters gefahren ist? Das glauben wir nicht; die Polizei macht keine Fehler! Warum wurde an dem Weg für die Radler keine erhöhte Bordwand geschaffen? Die Radfahrer sind nun dem Magistrat sehr dankbar, daß sie auf dem wunderbaren Pflaster ihre Räder weiter zum Teufel fahren können.

Der Einwohnerstadt von Görlitz ist großes Heil widerfahren! Der Oberbürgermeister unserer Stadt hat laut Stadtwortvernehmlich sein Gehalt freiwillig um 200 Mark kürzen lassen. Das ist doch sehr lobenswert, sagt der „Neue Görlitzer Anzeiger“. Jawoll, bei 20 000 Mark Jahresgehalt ist es allerdings, wenn man 2400 Mark freiwillig hingibt. Hoffen wir, daß der „Ober“ nicht das Wohlfahrtsamt in Anspruch nimmt, denn bei 18 000 Mark im Jahre kann man sich bestimmt keinen Fering mehr kaufen. Wir fügen aber mit diesen armen Schindlern mit, denn wir wissen, was es heißt, das Wohlwahrtsamt in Anspruch nehmen zu müssen. „Seil Görlitz!“

### Achtung! Sprechstunden der „Arjo“

Die Sprechstunde der „Arjo“ findet jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr in der Lunitz 6 statt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten kostenlos Besuche hergestellt.

Die Genossen der „Arjo“ treffen sich am Donnerstag, dem 23. Oktober, um 17 Uhr, in der Geschäftsstelle Lunitz 6.

### Arbeiterwohlfahrt oder Z.A.H.?

In der sozialdemokratischen Presse wird in letzter Zeit für die Arbeiterwohlfahrt agitiert. Sie veranstalten eine Hausammlung für ihre Kinderhilfe und Kinderpeisung. Wie steht nun die Kinderpeisung aus? Kommt da ein Kassierer des Fabrikarbeiterverbandes den Auftrag, die Namen der Kollegen festzusetzen, wo das Elend am größten ist. Die Kinder sollen warmes Essen bekommen. Jetzt kommt der Verdacht, Kinder kommunistischer Eltern sind davon ausgeschlossen. So sehen diese Wohlthäter aus. Sie haben Angst, daß der kommunistische Bazillus ungeheuren Schaden verursachen könnte. Wie wird aber nun die Einnahmeverteilung gehandhabt? Zuerst wird die „Bedürftigkeit“ geprüft. Ferner wird das Essen nicht etwa von den „Damen“ der Arbeiterwohlfahrt gelocht, sondern es wird aus der „Städtischen Zeitsche“ geholt. Mit dieser Brühe werden nun — um den Eber in geschm Ausdrück zu gebrauchen — die Kinder „gemästet“. Sie schreiben: „Kinder notleidender Arbeitsbrüder sollen unterstützt werden.“ Hier im Kleinen verfuhr man den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, und die Übergewissen verschlechtern von Tag zu Tag die Lage der Arbeiterschaft.

Wer weiß die notleidenden Arbeiter tagtäglich ab? Es ist der Wohlhabendendirektor Giese, ein prominentes Mitglied der Arbeiterwohlfahrt. Gibt ihr Obergewissen von der Mittel- und Luisenstraße schon einmal euer hohes Gehalt kürzen lassen? Angesichts dessen, daß schon diese Hunderte eurer Verbandsmitglieber ausquartieren sind? Gebt ihr euren durchreisenden Kumpels freies Nachtquartier in eurem Hotel „Volkshaus“? Nein, ihr schickt sie ins Obdachlosenasyl. Viele von euren Leuten wurden, nachdem sie von euch abgewiesen waren, von den verhassten Kommunisten in Quartier genommen. Eure Arbeiterwohlfahrt ist nur Schein, um die hungernden Massen zu trügen.

Massengewissen! Passt euch nicht einfangen von den salbungsvollen Reden der SPD-Führer. Ueberzeugt euch, was die Internationale Arbeiterhilfe für die notleidenden Arbeitsbrüder bis jetzt schon getan hat. Sie unterstützt materiell jeden, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. In jedem Wirtschaftskampf ist es die I.A.H., die die kämpfenden mit Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken unterstützt. Ueber die Kinderhilfe schreiben wir in einem anderen Artikel.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Treibt der I.A.H. bei; durch eure Unterstützung ist es möglich, weite Kreise des Proletariats vor dem größten Elend zu bewahren. Verlangt überall Beitrittsheime für die „Internationale Arbeiterhilfe“.

Ortskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe Görlitz.

Freiburg. Der Deutsche Holzarbeiterverband veranstaltet am Freitag, dem 24. Oktober, um 20 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Frieden“, Goldsch, einen sehr interessanten Filmabend. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfennig pro Person. Arbeitslose haben freien Zutritt. — Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen diese Veranstaltung besuchen.

Freiburg. Am Sonnabend findet im „Großen Baum“ um 19.30 Uhr eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Wiesner über R.D.-Arbeit sprechen wird. Besonders die Leser des „Moniers“ sowie alle Zeitungslieser und Freunde unserer Bewegung sind eingeladen.

### Seine Frau mit Stockhieben schwer mißhandelt

Welsheim. Am Sonntag gegen 21.30 Uhr schlug der betrunkene Produktenhändler Hiesler von hier seine Frau in der brutalsten Weise mit der Stockrolle über den Rücken und Kopf, verurteilte ihr Fußtritt in den Leib, bis sie blutend zusammenbrach. Diese Mißhandlung wiederholte der Röhling viermal. Arbeiterkamerader verbanden die blutenden Wunden der Frau. Der Vorgang spielte sich auf offener Straße, nämlich vor dem Schuhgeschäft Schwesiger, dem Gasthaus „Deutsches Haus“ und im Hausflur ab. Der wütende Hiesler bedrohte selbst Straßenpassanten. Um 22.15 Uhr erschien so recht gemächlich der erste Schupoamte. Dreiviertel Stunden dauerte diese Szene, dreiviertel Stunden lang durstete der Mann seine schwache Frau halb zu Tode prügeln. Eine große Menschenansammlung war erbittert über das Fehlen der sonst bei irgendwelchen Anlässen immer stark verteilten Polizei. Handelt es sich um kommunistische Versammlungen oder um Arbeiter, die um Brot und Lohn, für ein menschenwürdiges Dasein demonstrieren, wird Polizei in einem Maße aufgeboden, daß es empörend wirkt.

### Striegau

#### SPD-Sumpf in Striegau

Es ist bekanntgeworden, daß man in der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Unterschlagung in Höhe von 5000 Mark ausgeführt hat. Der Hauptankläger soll der Geschäftsführer Wittig sein. Derselbe bezieht ein Monatsgehalt von 480 Mark. Das macht auf den Arbeitstag ungefähr 20 Mark; also ein Betrag, der sehr wohl als auskömmlich bezeichnet werden kann. Kranke, die acht Tage krank geschrieben sind, schickt man sofort zum Vertrauensarzt und läßt sie gesund schreiben; Ausnahmen macht man nur, wenn einer bereits halbtot zum Arzt kommt.

Wittig, der Geschäftsführer der Krankenkasse ist, ist von seinem Amt suspendiert worden, bis die ganze Angelegenheit geklärt ist. Man kann jedoch schon heute sagen, daß diesem Espeibsten nicht viel passieren wird; vielmehr wird man darum besorgt sein, ihm wieder anderwärts eine gute Stelle zu besorgen.

### Nazi-Rüpel und SPD.

Häselicht. Der Wirtschaftskassierer Krüger vom Domtinum Häselicht scheint eine ganz besondere Nazi-Blüte zu sein. Dieser unreife Rüpel erklärt allen Frauen beim Kartoffelleben: „20 Stunden müßt ihr arbeiten ohne was zu essen, bis ihr verreckt.“ Da Häselicht ein sozialdemokratischer Hochburg ist und Häselichter Sozialdemokraten ihre eigenen Frauen dorthin arbeiten schicken, sollte man annehmen, daß die Herren Sozialdemokraten etwas gegen diesen Rüpel unternehmen würden. Ja, wenn jener Rüpel ein Kommunist wäre, dann hätten sie schon einen ellenlangen Artikel dagegen losgelassen; aber ein Nazi... da fehlt es an der nötigen Courage.

### Das wahre Gesicht eines SPD-Gemeindevorstehers

Nieder-Melan. Auf den Artikel in der „A.Z.“ vom 19. September über den sozialdemokratischen Gemeinde- und Amtsvorsteher Eichler hat dieser Mann sein wahres Gesicht gezeigt, und zwar dadurch, daß er mitteilt, daß ein junger Arbeiter im hiesigen Sägewerk nicht eingestellt worden ist. Eichler vermutet in diesem Arbeiter den Artikel-schreiber, und glaubt, damit, daß er dem Proleten die Arbeit entzieht, sich an ihm zu rächen. Selbst wenn der Arbeiter der Artikelschreiber wäre, ist es unfair, daß ein Sozialdemokrat einen Proleten um die Arbeit bringt. Erdärmlicher kann ein Arbeitervertreter nicht handeln. Die Arbeiterschaft muß bei der nächsten Kommunalwahl dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten nicht mehr in die Gemeindevertretung gelangen, und daß Eichler als Gemeindevorsteher verschwindet.

### Aus dem Riesengebirge

#### „Stadtblatt“ beschimpft Erwerbslose

Schmiedeberg. Ueber die am 14. Oktober stattgefundene Erwerbslosenversammlung schreibt das Schmiedeburger „Stadtblatt“ von unreifen Burken und einigen Parteipolitikern. Der Schreiber dieser Zeilen ist unseres Erachtens überhaupt noch nicht reif, Politik zu machen. Nachstehende Entschuldigun wurde an das „Stadtblatt“ gerichtet, aber von der Redaktion nicht angenommen:

„Die Erwerbslosenversammlung vom 14. Oktober nimmt mit Entrüstung Kenntnis von einem Artikel im „Stadtblatt“ anlässlich der Erwerbslosenkundgebung vom 2. Oktober, in dem die Erwerbslosen als unreife Burken bezeichnet werden. Wir Erwerbslosen erklären hierzu, daß wir an dem fraglichen Tage auf Grund unserer furchtbaren Verelendung mit vollem Recht und Bewußtsein um Brot und Arbeit demonstriert haben. Wir stellen fest, daß jener Artikelschreiber ein korruptes Element ist und zu den unreifen Burken aus seiner Schicht gehört. Wir raten diesem unreifen Politiker, sich nicht zu sehr mit den Erwerbslosen zu befassen, sonst werden ihm einmal die Erwerbslosen die proletarische Antwort geben.“

Also, Erwerbslose, wenn gehört die Straße? Den Erwerbslosen! Also heraus auf die Straße, kämpft für eure Forderungen, gebt dem feigen Geßindel die Antwort, laßt euch nicht noch in eurem Elend von diesen Burken verhöhnen.

### An unsere Leser!

Zunmer wieder klagen unsere Zeitungsboten über die schleppende Zahlungsweise unserer Abonnenten. Wenn es auch durchaus zu verstehen ist, daß dem Arbeiter, zumal wenn er erwerbslos ist, die Bezahlung der Zeitung ein Opfer bedeutet, so erfordert doch die Erhaltung einer der besten Waffen des Proletariats, der „Arbeiter-Zeitung“, die pünktliche Einholung des Abonnementsgeldes. Wir bitten daher unsere Leser, das schwere Amt des Zeitungsboten durch pünktliche Zahlung zu unterstützen.

# Der Schiedspruch für die Porzellanindustrie

## Verschlechterung des Manteltarifs — Abbau der Löhne — Wahre Hungerlöhne für Jugendliche — Organisiert unter Führung der RGO. den Kampf!

Vom 26. bis 28. September fanden in Leipzig die Verhandlungen über Lohn- und Ueberarbeitszeitabkommen sowie den Manteltarif der feinkeramischen Industrie statt. Das Produkt dieser Verhandlungen ist ein Schiedspruch, der Lohn- und Ueberarbeitszeitabkommen in der bisherigen Form bestehen läßt und im Manteltarif erhebliche Verschlechterungen bringt. Wir wollen hier nur die markantesten Veränderungen herausgreifen: Der § 22, der die Festlegung der Alfordpreise regelte, lautete bisher: „Die Alfordpreise für die einzelnen Artikel werden auf Grund der Durchschnittsleistungen und des um 25 Prozent erhöhten Mindestlohnes der Arbeiter über 24 Jahre bzw. der Arbeiterinnen über 20 Jahre errechnet.“

Diesem Paragraphen wird durch den Schiedspruch folgender Satz angefügt: „In Abteilungen, in denen Arbeiter über 24 Jahre bzw. Arbeiterinnen über 20 Jahre nicht beschäftigt werden, gilt als Alfordbasis der um 25 Prozent erhöhte Mindestlohn des Arbeiters von 20 bis 24 Jahren bzw. der Arbeiterin bis 20 Jahre.“

Diese Änderung hat praktisch zur Folge, daß dort, wo Arbeiter über 24 Jahre bzw. Arbeiterinnen über 20 Jahre nicht vorhanden sind, eine wesentliche Lohnverschlechterung eintritt.

Die Alfordbasis beträgt für Forstarbeiter über 24 Jahre 88 Pf., dort, wo Arbeiter über 24 Jahren nicht vorhanden sind, beträgt nach der neuen Regelung die Alfordbasis 81 Pfennig. Die Alfordbasis ist also um 7 Pfennig niedriger. Noch schlechter wirkt sich das bei den Facharbeiterinnen aus. Bisher betrug die Alfordbasis, ganz gleich wie alt die Arbeiterinnen waren, 54 Pfennig. Auf Grund der neuen Bestimmung ermiedrigt sich die Alfordbasis dort, wo Arbeiterinnen über 20 Jahre nicht vorhanden sind, um 10 Pf. auf 44 Pfennig. Ähnlich verhält es sich bei den sonstigen Arbeitern und Arbeiterinnen. Inwiefern sich durch diese Bestimmung der sowieso schon bestehende Damm der Unternehmer, möglichst jugendliche Arbeiter auszubilden, verstärkt, und wird neue Säuberungsaktionen zur Folge haben. Wir haben diese Änderung besonders ausführlich besprochen, weil reformistische Funktionäre diese Bestimmung als eine neue „Erzwingenschaft“ deklarieren. Eine weitere Verschlechterung bedeutet die Bestimmung, daß auf Verlangen der Betriebsleitung

unbeschränkt im provisorischen Alford gearbeitet werden kann. Bisher hieß es, daß die Zeit des provisorischen Alford nicht länger als 14 Tage dauern darf.

Wesentliche Verschlechterungen sind auch in der Urlaubsberechnung

erfolgt. Arbeiter, die krank sind, erhalten nur für die Zeit, in der sie gearbeitet haben, Urlaub. Auch bei Betriebsstilllegungen wird der Urlaub verürzt. Demgegenüber ist die Bestimmung, daß Arbeiter, die die Arbeit freiwillig aufgeben, anteilmäßig ihren Urlaub erhalten, nur eine formale, d. h. eine auf dem Papier stehende Verbesserung. Praktisch war es bisher so, daß der Arbeiter, der die Absicht hatte, seinen Arbeitsplatz aufzugeben, es so einrichtete, daß er zu seinem Urlaub kam.

Als besondere „Erzwingenschaft“ wird seitens der Bonzen die Aufnahme der Jugendlichen von 14 bis 15 Jahren in den Tarif gefordert.

Wie diese Erzwingenschaft aussieht, wird klar, wenn man sich die festgesetzten Mindestlohnsätze ansieht:

Der Lohn der Jugendlichen von 14 bis 15 Jahren beträgt in den Ortsklassen B und C, die für Schlesien in Frage kommen, für sonstige Arbeiter in Ortsklasse B 19 Pfennig, in Ortsklasse C 18 Pfennig. Für sonstige Arbeiterinnen beträgt der Lohn in beiden Ortsklassen ganze 13 Pfennig.

Fürwahr ein „fürstlicher“ Lohn und eine „glänzende Erzwingenschaft“ besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß in vielen Fällen bisher mehr gezahlt worden ist. Diese jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden zum Teil zu den anstrengendsten Arbeiten verwendet, dafür bekommen sie einen Lohn, mit dem sie sich kaum ein Mittagessen kaufen können. Muß so ein Jugendlicher noch die Bahn benutzen, so bleibt ihm nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Bezahlung der Fahrkarte nichts mehr übrig.

Die Bonzen und ihre Stützen reden den Arbeitern ein, daß dieses Abkommen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als erträglich und annehmbar bezeichnet werden muß. Daß das Lohn- und Ueberarbeitszeitabkommen in der bisherigen Form weiter bestehen bleibt, wird als besonderer Erfolg gebucht, besonders was das erstere angeht. Die Zukunft wird zeigen, wie es damit bestellt ist.

Der Kampf wird in den Betrieben weitergehen, und zwar verschärft.

Die niedrigen Sätze der Mindestlöhne und Alfordbasen gibt den Arbeitgebern den Anreiz, die über den tariflichen Sätzen liegenden Effektivlöhne weiter herabzudrücken. Dies kann nur verhindert werden, wenn die Arbeiter im Betriebe sich, auf sich selbst besinnend, mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Daß die Gewerkschaftsführer nicht gewillt waren, den Angriffen der Unternehmer entgegenzutreten, beweist die „Vorbereitung“ und der Abschluß der Bewegung. Wenn wirklich in einer Versammlung zum Ablauf der Verträge Stellung genommen wurde, so wurde einfach erklärt: „Die Forderungen, die aufgestellt werden sollen, bestimmt der Hauptvorstand bzw. die Verhandlungskommission.“ Nach dem Schiedspruch ließ man die Arbeiter gleichfalls nicht Stellung nehmen über Annahme oder Ablehnung, man sagte einfach: „Darauf entscheidet der Hauptvorstand.“ Der Hauptvorstand hat den Schiedspruch natürlich angenommen und dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt, während die Unternehmer abgelehnt haben. Diese vollständig passive Haltung kann eine weitere Verschlechterung bei den Nachverhandlungen zur Folge haben.

Solange die Arbeiter sich die Methoden der Verbandsbürokratie gefallen lassen, wird ihre Lage von Jahr zu Jahr schlechter werden.

Nur eine energische und ziel sichere Arbeit der RGO. wird hier Wandel schaffen. Daß der Kampf und die zu lösenden Aufgaben schwer sind und einen unbeeuglichen Willen erfordern, ist klar. Ein weiteres Ausweichen ist jedoch unmöglich, sollen die Verhältnisse, die heute schon unerträglich sind, sich nicht noch weiter verschlechtern.

## Unternehmerangriff auf die Forstarbeiterlöhne

Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hat den Arbeits- und Lohnvertrag für die schlesische Forstwirtschaft geändert. Die im Tarifvertrag vorgegebene Entschädigung

## Die RGI im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskis, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO.-Funktionären.

## Ein schwerer Reinfall der Bonzenlakaien

### Die Altendiebe müssen ihr Diebesgut wiederbringen!

Der Erfolg der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen auf der Weichselgrube wurde von der Gewerkschaftsbürokratie und ihren Kopfnidern mit einer wüsten Hebe gegen die kommunistischen Betriebsfunktionäre beantwortet. Die Hofmann, Wöhle u. Co. wollten die roten Betriebsräte selbst adjuvieren lassen, indem sie dem roten Betriebsausschuß durch ihre treu ergebenen Kopfnider Prause, Wirtke und Stehr die Alten klauen ließen. Der Betriebsausschuß erhob darauf Klage beim Arbeitsgericht auf Herausgabe der gestohlenen Alten. Nach mehreren Terminen sagte das Arbeitsgericht den Beschluß, die Antragsgegner Prause, Wirtke und Stehr, vertreten durch Gumminkämpel-Wöhle, müssen die Alten wieder ins Betriebsbüro bringen, und zwar mit folgender Begründung:

„Entscheidungsgründe. Worauf es den Antragstellern in erster Linie offensichtlich ankommt, war die Auffassung einer unparteiischen Stelle darüber zu hören, ob die im Laufe des Geschäftsganges gebildeten Alten einer Betriebsvertretung von jeder abziehenden oder von Teilen einer solchen nach Belieben geplündert werden dürfen, oder ob das Altenmaterial einer Betriebsvertretung unantastbarer Besitz dieser Institution sei und von einer Betriebsvertretung der anderen nach der Neuwahl ordnungsgemäß zu übergeben sei.

In diesem Sinne heitete das angegangene Gericht seiner Auffassung nach sich mit dem vorliegenden Antrage zu befassen. Die Frage konnte nur in dem Sinne entschieden werden, wie es geschehen ist. In einem so großen Betriebe, wie derjenige, um den es sich hier handelt, kann keine Betriebsvertretung ohne ein geordnetes Büro und ohne systematische Sammlung aller Vorgänge in Aktenstücken auf die Dauer entsprechend arbeiten. Die Betriebsvertretungen im Sinne des Betriebsrätegesetzes sind amtähnliche Einrichtungen teils öffentlich-rechtlicher, teils privatrechtlicher Natur. Sie tragen das Merkmal einer dauernden Institution an sich, unabhängig von dem Wechsel einzelner Personen, in denen sie sich darstellen. Es ist deshalb ein ganz unmöglicher Gedanke, daß jede infolge einer Neuwahl abziehende Zahl von bisherigen Amtsträgern das gebildete Altenmaterial ohne weiteres als ihr Eigentum betrachten und vor der Inbesitznahme durch die neugewählte Vertretung ganz oder teilweise wegnehmen könne. Gewiß hat jeder jeweils amtierende Betriebsrat bzw. Betriebsausschuß die Entscheidung darüber, ob und inwieweit Alten anzulegen sind, welcher Art, Form usw. sowie auch darüber, welche Alten als überflüssig etwa zu entfernen oder zu vernichten wären. Aber auch jede

derartige Entscheidung ist eine amtliche Tätigkeit, die getragen sein soll allein von der Rücksicht auf die berechtigten Belange der Vertretung als dauernde Institution und die Interessen der gesamten Belegschaft an der Sicherung einer fortlaufenden geordneten Amtsführung. Wenn dagegen jeder abziehende Betriebsrat nach seinem Belieben und ohne Rücksicht darauf, ob dies dem neugewählten Betriebsrat die Fortführung der Geschäfte erschwert, einfach Alten ausräumt, so ist das selbstverständlich eine dem ganzen Sinne des Betriebsrätegesetzes widersprechende mißbräuchliche und deshalb durchaus zu mißbilligende Amtsführung. Die Gefahr einer solchen Amtsverletzung liegt gewiß sehr nahe, wenn der Wechsel der Mitglieder der Betriebsvertretung auf politischen Umwandlungen in der Belegschaft beruht; auch erfordert es ein erhebliches Maß von Objektivität und unparteilichen Amtsbewußtsein sowohl seitens der abtretenden wie auch der neu einsetzenden Vertreter, wenn die reifliche Uebergabe sämtlicher Alten nicht wiederum nur Anlaß zu parteipolitischen Verhaltungen werden soll. Je sorgfältiger aber schon bei der Anlage der Alten vermieden wird, Schriftstücke aufzunehmen, die bei einem Wechsel der Vertretung in dieser Hinsicht zu Mißbilligkeiten Anlaß geben könnten, desto leichter wird es auch dem abtretenden Betriebsrat werden, die Alten gegebenenfalls auch schärfsten politischen Gegnern unbedenklich zu übergeben. Kein Amt kann auf die Dauer ohne eine derartige absolut unparteiliche und objektive Geschäftsführung bestehen und auch das Betriebsrätegesetz setzt eine solche Handhabung der durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Ämter unbedingt voraus.

Wenn also die Antragsgegner aus irgendwelchen persönlichen Motiven nach der Neuwahl der Betriebsvertretung aus den bestehenden Alten Schriftstücke entfernt haben sollten, die im ordentlichen Geschäftsgange zu solchen Alten gekommen waren, so hätten sie nicht im Sinne ihrer Pflichten als Mitglieder einer Betriebsvertretung gehandelt. Hierbei wäre es gleichgültig, von wem diese Schriftstücke herabgehört und an wen sie adressiert waren. Waren sie einmal im ordentlichen Geschäftsgange zu den Alten genommen worden, so waren sie damit Bestandteil der Alten geworden und dürften nicht durch einen Akt privater Willkür aus den Alten entfernt werden.“

Wie begoffene Fubel brachten die Reformisten die Alten wieder zurück, mit denen sie glaubten, die Opposition vernichten zu können. Eigentlich hätten diese Briefchen vor den Staatsanwalt gehört, aber diese Prause, Wirtke und Stehr sind ja nur geistige Werkzeuge in den Händen der Gewerkschaftsbonzen und sind für ihre Handlung kaum verantwortlich zu machen.

## Rundfunk-Programm

- Freitag, 24. Oktober.
- 15.35: Dr. Margarethe Jacobsohn: Erfolgreiche Frauen von der Kunst- und Theaterwelt.
  - 16.00: Unterhaltungsmusik der Kapelle Weichhaupt.
  - 16.30: Das Buch des Tages: Vom Schicksal des Adels.
  - 16.45: Unterhaltungsmusik Fortsetzung.
  - 17.15: Ernst W. Freyler liest aus seinem Buche „Emin Dalha“.
  - 17.50: Prof. Paul Klemm: Von deutschen Familiennamen.
  - 18.15: Dr. Werner Müll: Das Deutsch Weibchen und wir.
  - 18.40: Sport für den Laie.
  - 18.50: Abendmusik der Kapelle.
  - 20.00: Studienrat Dr. Georg Schönfeld: Die Sprache in Ihren Leistungen auf dem Wege zum Reiche des Geistes.
  - 20.30: Salomon August Andree, Dramatischer Hörbericht von E. W. Freyler.
  - 21.15: Sonate Nr. 47 für Violine und Klavier (Kreutzer-Sonate) von Beethoven. Ausf.: Prof. S. Bassermann (Violine), Dr. Edmund Rüd (Klavier).
  - 21.45: Dr. Roman Reiche: Bild in die Zeit.
  - 22.30: Reichstagsmusik.
  - 23.00: Tonfilmwoche.
  - 23.30: Kabarett.
  - 0.30: Nachtkonzert. Hausmusik.
- Sonnabend, 25. Oktober.
- 15.35: Kinderzeitung: Schnuffstübchen und der Zeitungsmann.
  - 16.00: Unterhaltungskonzert.
  - 16.30: Das Buch des Tages: Seiteres Wochenende.
  - 16.45: Unterhaltungskonzert.
  - 17.15: Bild auf die Leinwand: Die Filme der Woche.
  - 17.45: zehn Minuten Eberano.
  - 17.55: Für die Landwirtschaft: August Rother: Vollstreckungsamt und Umgestaltung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Diktate-Geleit).
  - 18.20: Aus klassischer Operetten.
  - 19.00: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis.
  - 19.30: Aus klassischer Operetten.
  - 20.00: Das wird Sie interessieren!
  - 20.30: Aus klassischer Operetten.
  - 21.10: Berlin: Kabarett.
  - 22.35: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Paul Gaudin.

## Arbeiter sollen langsam bereden

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In Groß-Leubus, der Hochburg der SPD., läßt man ein Arbeitermädchen langsam absterben. Es handelt sich um folgende: Die ledige Emma R. ist langentant und als arbeitsunfähig und mit Unwirtschaft auf Rente aus der Jugendheimstätte in Landeshut entlassen worden. Sie lebt jetzt mit ihrem Vater, ihrem erwachsenen Bruder und ihrem Kinde in einer Wohnung, die alles andere als gesund ist. Die R. reichte bei dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher die Invalidentarife ein zum Zwecke des Rentenanspruches. Dieser gibt die Karte weiter, ohne die R. darauf aufmerksam zu machen, daß ihr zum Rentenanspruch noch 13 Beiträge fehlen. Die Landesversicherungsanstalt lehnt nun den Antrag auf Rente ab und die R., der es durchaus möglich gewesen wäre, sich für die fehlende Zeit freiwillig zu versichern, ist seit mehreren Wochen ohne jedes Einkommen. Das Kreiswohlfahrtsamt lehnte den Antrag auf Armegehalt ab, mit der Begründung, der Vater der R. solle seine Tochter von seiner länglichen Altersrente ernähren. Von dieser Rente lebt aber noch der Bruder der R., welcher Lehrling ist, bei seinem Vater lebt, aber kein Einkommen hat. Die Kranke ist aus der Heilstätte entlassen worden mit der Ermahnung, gute Kost zu kochen, die einzige Rettung, während sie jetzt hungern muß, und ihr vom Gemeindevorsteher die Arztscheinung verweigert wurde mit der Begründung: die Armeistiftung müsse erst darüber beschließen und das könne zwei Wochen und länger dauern. In der Zwischenzeit aber kann die arme Proletin langsam zugrundegehen. Was kümmert das die Herren Sozialdemokraten, die nicht einmal die Hilfsbereitschaft der R. anerkennen. Erst nach Vorschlag eines kommunistischen Genossen wurde die Arztscheinung bewilligt. Wonach soll aber die Arme leben, deren einzige Rettung beste Pflege sein kann? Wer fragt danach!

## Unternehmerangriff auf die Forstarbeiterlöhne

Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hat den Arbeits- und Lohnvertrag für die schlesische Forstwirtschaft geändert. Die im Tarifvertrag vorgegebene Entschädigung

## Die RGI im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskis, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO.-Funktionären.

## Ein schwerer Reinfall der Bonzenlakaien

### Die Altendiebe müssen ihr Diebesgut wiederbringen!

Der Erfolg der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen auf der Weichselgrube wurde von der Gewerkschaftsbürokratie und ihren Kopfnidern mit einer wüsten Hebe gegen die kommunistischen Betriebsfunktionäre beantwortet. Die Hofmann, Wöhle u. Co. wollten die roten Betriebsräte selbst adjuvieren lassen, indem sie dem roten Betriebsausschuß durch ihre treu ergebenen Kopfnider Prause, Wirtke und Stehr die Alten klauen ließen. Der Betriebsausschuß erhob darauf Klage beim Arbeitsgericht auf Herausgabe der gestohlenen Alten. Nach mehreren Terminen sagte das Arbeitsgericht den Beschluß, die Antragsgegner Prause, Wirtke und Stehr, vertreten durch Gumminkämpel-Wöhle, müssen die Alten wieder ins Betriebsbüro bringen, und zwar mit folgender Begründung:

„Entscheidungsgründe. Worauf es den Antragstellern in erster Linie offensichtlich ankommt, war die Auffassung einer unparteiischen Stelle darüber zu hören, ob die im Laufe des Geschäftsganges gebildeten Alten einer Betriebsvertretung von jeder abziehenden oder von Teilen einer solchen nach Belieben geplündert werden dürfen, oder ob das Altenmaterial einer Betriebsvertretung unantastbarer Besitz dieser Institution sei und von einer Betriebsvertretung der anderen nach der Neuwahl ordnungsgemäß zu übergeben sei.

In diesem Sinne heitete das angegangene Gericht seiner Auffassung nach sich mit dem vorliegenden Antrage zu befassen. Die Frage konnte nur in dem Sinne entschieden werden, wie es geschehen ist. In einem so großen Betriebe, wie derjenige, um den es sich hier handelt, kann keine Betriebsvertretung ohne ein geordnetes Büro und ohne systematische Sammlung aller Vorgänge in Aktenstücken auf die Dauer entsprechend arbeiten. Die Betriebsvertretungen im Sinne des Betriebsrätegesetzes sind amtähnliche Einrichtungen teils öffentlich-rechtlicher, teils privatrechtlicher Natur. Sie tragen das Merkmal einer dauernden Institution an sich, unabhängig von dem Wechsel einzelner Personen, in denen sie sich darstellen. Es ist deshalb ein ganz unmöglicher Gedanke, daß jede infolge einer Neuwahl abziehende Zahl von bisherigen Amtsträgern das gebildete Altenmaterial ohne weiteres als ihr Eigentum betrachten und vor der Inbesitznahme durch die neugewählte Vertretung ganz oder teilweise wegnehmen könne. Gewiß hat jeder jeweils amtierende Betriebsrat bzw. Betriebsausschuß die Entscheidung darüber, ob und inwieweit Alten anzulegen sind, welcher Art, Form usw. sowie auch darüber, welche Alten als überflüssig etwa zu entfernen oder zu vernichten wären. Aber auch jede

derartige Entscheidung ist eine amtliche Tätigkeit, die getragen sein soll allein von der Rücksicht auf die berechtigten Belange der Vertretung als dauernde Institution und die Interessen der gesamten Belegschaft an der Sicherung einer fortlaufenden geordneten Amtsführung. Wenn dagegen jeder abziehende Betriebsrat nach seinem Belieben und ohne Rücksicht darauf, ob dies dem neugewählten Betriebsrat die Fortführung der Geschäfte erschwert, einfach Alten ausräumt, so ist das selbstverständlich eine dem ganzen Sinne des Betriebsrätegesetzes widersprechende mißbräuchliche und deshalb durchaus zu mißbilligende Amtsführung. Die Gefahr einer solchen Amtsverletzung liegt gewiß sehr nahe, wenn der Wechsel der Mitglieder der Betriebsvertretung auf politischen Umwandlungen in der Belegschaft beruht; auch erfordert es ein erhebliches Maß von Objektivität und unparteilichen Amtsbewußtsein sowohl seitens der abtretenden wie auch der neu einsetzenden Vertreter, wenn die reifliche Uebergabe sämtlicher Alten nicht wiederum nur Anlaß zu parteipolitischen Verhaltungen werden soll. Je sorgfältiger aber schon bei der Anlage der Alten vermieden wird, Schriftstücke aufzunehmen, die bei einem Wechsel der Vertretung in dieser Hinsicht zu Mißbilligkeiten Anlaß geben könnten, desto leichter wird es auch dem abtretenden Betriebsrat werden, die Alten gegebenenfalls auch schärfsten politischen Gegnern unbedenklich zu übergeben. Kein Amt kann auf die Dauer ohne eine derartige absolut unparteiliche und objektive Geschäftsführung bestehen und auch das Betriebsrätegesetz setzt eine solche Handhabung der durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Ämter unbedingt voraus.

Wenn also die Antragsgegner aus irgendwelchen persönlichen Motiven nach der Neuwahl der Betriebsvertretung aus den bestehenden Alten Schriftstücke entfernt haben sollten, die im ordentlichen Geschäftsgange zu solchen Alten gekommen waren, so hätten sie nicht im Sinne ihrer Pflichten als Mitglieder einer Betriebsvertretung gehandelt. Hierbei wäre es gleichgültig, von wem diese Schriftstücke herabgehört und an wen sie adressiert waren. Waren sie einmal im ordentlichen Geschäftsgange zu den Alten genommen worden, so waren sie damit Bestandteil der Alten geworden und dürften nicht durch einen Akt privater Willkür aus den Alten entfernt werden.“

Wie begoffene Fubel brachten die Reformisten die Alten wieder zurück, mit denen sie glaubten, die Opposition vernichten zu können. Eigentlich hätten diese Briefchen vor den Staatsanwalt gehört, aber diese Prause, Wirtke und Stehr sind ja nur geistige Werkzeuge in den Händen der Gewerkschaftsbonzen und sind für ihre Handlung kaum verantwortlich zu machen.

für eigenes Handwerkszeug, welche vier Prozent des Arbeitslohnes beträgt, soll in Wegfall kommen. Die tariflichen Ferien, welche nach zweijähriger Dienstzeit drei Tage und nach fünfjähriger Dienstzeit vier Tage betragen, sollen nicht mehr bezahlt werden. Die geforderten vom Arbeitgeberverband für die Forstwirtschaft vorgeschlagenen Verschlechterungen zusammengenommen, bedeuten etwa 15 bis 20 Prozent Lohnabbau.

Aufgabe der schlesischen Forstarbeiter nach es sein, durch Organisation eines breiten Massenkampfes unter Führung der RGO. den Unternehmerangriff zurückzuschlagen und die Offensive für Erhaltung der Löhne zu ergreifen.

## Arbeiter sollen langsam bereden

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In Groß-Leubus, der Hochburg der SPD., läßt man ein Arbeitermädchen langsam absterben. Es handelt sich um folgende: Die ledige Emma R. ist langentant und als arbeitsunfähig und mit Unwirtschaft auf Rente aus der Jugendheimstätte in Landeshut entlassen worden. Sie lebt jetzt mit ihrem Vater, ihrem erwachsenen Bruder und ihrem Kinde in einer Wohnung, die alles andere als gesund ist. Die R. reichte bei dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher die Invalidentarife ein zum Zwecke des Rentenanspruches. Dieser gibt die Karte weiter, ohne die R. darauf aufmerksam zu machen, daß ihr zum Rentenanspruch noch 13 Beiträge fehlen. Die Landesversicherungsanstalt lehnt nun den Antrag auf Rente ab und die R., der es durchaus möglich gewesen wäre, sich für die fehlende Zeit freiwillig zu versichern, ist seit mehreren Wochen ohne jedes Einkommen. Das Kreiswohlfahrtsamt lehnte den Antrag auf Armegehalt ab, mit der Begründung, der Vater der R. solle seine Tochter von seiner länglichen Altersrente ernähren. Von dieser Rente lebt aber noch der Bruder der R., welcher Lehrling ist, bei seinem Vater lebt, aber kein Einkommen hat. Die Kranke ist aus der Heilstätte entlassen worden mit der Ermahnung, gute Kost zu kochen, die einzige Rettung, während sie jetzt hungern muß, und ihr vom Gemeindevorsteher die Arztscheinung verweigert wurde mit der Begründung: die Armeistiftung müsse erst darüber beschließen und das könne zwei Wochen und länger dauern. In der Zwischenzeit aber kann die arme Proletin langsam zugrundegehen. Was kümmert das die Herren Sozialdemokraten, die nicht einmal die Hilfsbereitschaft der R. anerkennen. Erst nach Vorschlag eines kommunistischen Genossen wurde die Arztscheinung bewilligt. Wonach soll aber die Arme leben, deren einzige Rettung beste Pflege sein kann? Wer fragt danach!

## Rundfunk-Programm

- Freitag, 24. Oktober.
- 15.35: Dr. Margarethe Jacobsohn: Erfolgreiche Frauen von der Kunst- und Theaterwelt.
  - 16.00: Unterhaltungsmusik der Kapelle Weichhaupt.
  - 16.30: Das Buch des Tages: Vom Schicksal des Adels.
  - 16.45: Unterhaltungsmusik Fortsetzung.
  - 17.15: Ernst W. Freyler liest aus seinem Buche „Emin Dalha“.
  - 17.50: Prof. Paul Klemm: Von deutschen Familiennamen.
  - 18.15: Dr. Werner Müll: Das Deutsch Weibchen und wir.
  - 18.40: Sport für den Laie.
  - 18.50: Abendmusik der Kapelle.
  - 20.00: Studienrat Dr. Georg Schönfeld: Die Sprache in Ihren Leistungen auf dem Wege zum Reiche des Geistes.
  - 20.30: Salomon August Andree, Dramatischer Hörbericht von E. W. Freyler.
  - 21.15: Sonate Nr. 47 für Violine und Klavier (Kreutzer-Sonate) von Beethoven. Ausf.: Prof. S. Bassermann (Violine), Dr. Edmund Rüd (Klavier).
  - 21.45: Dr. Roman Reiche: Bild in die Zeit.
  - 22.30: Reichstagsmusik.
  - 23.00: Tonfilmwoche.
  - 23.30: Kabarett.
  - 0.30: Nachtkonzert. Hausmusik.
- Sonnabend, 25. Oktober.
- 15.35: Kinderzeitung: Schnuffstübchen und der Zeitungsmann.
  - 16.00: Unterhaltungskonzert.
  - 16.30: Das Buch des Tages: Seiteres Wochenende.
  - 16.45: Unterhaltungskonzert.
  - 17.15: Bild auf die Leinwand: Die Filme der Woche.
  - 17.45: zehn Minuten Eberano.
  - 17.55: Für die Landwirtschaft: August Rother: Vollstreckungsamt und Umgestaltung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Diktate-Geleit).
  - 18.20: Aus klassischer Operetten.
  - 19.00: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis.
  - 19.30: Aus klassischer Operetten.
  - 20.00: Das wird Sie interessieren!
  - 20.30: Aus klassischer Operetten.
  - 21.10: Berlin: Kabarett.
  - 22.35: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Paul Gaudin.

**LIEBICH**  
Incater  
Ruf Nr. 346 46  
„Jazz für alle!“  
Bobble Rinds  
Sensationserfolg  
Ferner das  
Riesensprogramm  
Tägl. 2 Vorstellungen  
nachm 4 Uhr  
abends 8 Uhr  
Eintrittspreise  
6.50 bis 3.50 Mark  
Nachm. halbe Preise  
das volle Programm

Solider Herr  
**sucht Leorzimmer**  
Monatlich 15.20 Mk.  
möglichst Gegend Ohlauer Tor  
Offerten unter A 100 an die Expedi-  
tion dieser Zeitung

„Kranichs Ad-Üm.“  
(-zeitung) -sexual sanitäre Neuheit!  
Männerschutz! D. R. P. a. Prospekte  
frei! Schreiben Sie an:  
G. Kranich, Zerkow I. Anhalt, Breite 5

**Wandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche  
und Schmudfladen

**Neu eröffnet!**  
**Molkerei- Feinkost-**  
Produkte Handlung  
**Flughafen**  
Frankfurter Str. 166 am Bonerplatz  
Milch und Molkerei-Produkte in  
besten Qualität. Auf Wunsch Milch  
und Semmel jeden morgen frei Haus  
Obst und Süßfrüchte, Fruchtwein  
Wild und Geflügel jed. Freitag und  
Sonnabend zu niedrig. Tagespreisen  
Vogelfutter als Spezial-Abteilung  
Elektr. Wäschemangel in hellem  
Raum zur geill. Benutzung  
Freundl. Bedienung wird zugesichert  
Ich erwarte Ihren Besuch

**Inserate**  
haben in  
unserer Zeitung  
**guten  
Erfolg**

# Sozialdemokratie marschiert nach rechts

Die Geldsackpresse ist zufrieden — Jetzt müssen die sozialdemokratischen Arbeiter sich entscheiden

Die SPD-Presse versucht den Wahnwitz des ungeheuerlichen Verrats an der Arbeiterklasse, den die SPD begann, indem ihre Fraktion im Reichstag die faschistische Brüning-Regierung und ihr Raubprogramm gegen die werktätigen Massen rettete, dadurch zu verschleiern, daß sie erklärt, die Sozialdemokratie habe die „Demokratie gerettet“ und dafür gesorgt, daß die Erwerbslosen auch weiterhin ihre Unterstützung erhielten. Die Rettung Brünings ist, nach der SPD-Presse, ein „Erfolg“ für die Arbeiterklasse.

Prekkellos bedeutet die Rettung Brünings durch die Sozialdemokratie eine Atempause für die Bourgeoisie, die sie zur weiteren Konzentration ihrer Kräfte und zur Verstärkung ihres Angriffes gegen die Arbeiterklasse benutzen wird, ohne auch nur einen Augenblick in ihren bereits eingeleiteten Angriffen nachzulassen.

Die Sozialdemokratie rettete nicht die „Demokratie“, denn die bürgerliche Demokratie ist nicht mehr zu retten, sie ist bankrott und verfault. Diese Rettung wird am besten durch die Ausschaltung des Reichstages, der von Brüning, im Einverständnis mit der SPD, bis Dezember vertagt wurde, charakterisiert.

Die SPD rettete nur ihre Ministerposten und ihre sonstigen Plätze an der Staatskassentrippe in Preußen, in einigen anderen Ländern und in den Kommunen, als sie für die Rettung der Brüning-Regierung stimmte.

Der eigentliche Sinn der sozialdemokratischen Rettungspolitik ist der, daß sich die Herrschaft des Faschismus in Deutschland auf höchst legalem Wege, mit einem demokratischen Mantel, ansetzen und unter der Firma Brüning festigt und durchsetzt.

Dies und die Rolle, die die SPD dabei spielt, wird offen von der bürgerlichen Presse zugegeben. Die „Vossische Zeitung“ erklärt in ihrer Sonntagsausgabe, daß es jetzt entscheidend auf die faschistische Einstellung der Sozialdemokratie ankomme; genau wie 1919 seien sich auch heute die Führer der Sozialdemokratie ihrer Verantwortung bewußt.

den Faschismus, der Deutschland zu überrennen drohe, abzuwehren.

Der „Faschismus“, das ist die drohende proletarische Revolution, vor der die Sozialdemokratie die Bourgeoisie abermals zu retten versucht. Sie wirft sich dabei selbst in die Arme des Diktaturkanglers Brüning und ist gewillt, die Arbeitermassen abermals fest an den im Sumpf der politischen und wirtschaftlichen Krise stehenden Karren der Bourgeoisie zu binden. Sie kann das nicht anders, als selbst ihre letzten reformistischen Positionen, mit denen sie bisher noch Arbeiter anlockte, aufzugeben, und dem Faschismus den Weg zu bereiten.

In der Geschichte des sozialdemokratischen Arbeiterverrats ist mit der Abstimmung am 18. Oktober im Reichstag ein neues Kapitel begonnen worden. Das stellt selbst ein so reaktionäres Blatt wie der „Berliner Sozialanzeiger“ fest, wenn er schreibt:

„Die Sozialdemokratie marschiert von links nach rechts.“

Die Sozialdemokratie gab dabei alle Positionen auf, was mit Genugtuung von der „Germania“ registriert wird:

„Die Notverordnungen, herabgewogen der alte Reichstag der Auflösung verfallen ist, sind nicht aufgehoben worden. Die Vertagung des Reichstages ist durchgeführt. Darin liegt der Beweis, daß eine Regierung auch ein widerspenstiges Parlament zu zwingen vermag, wenn sie nur den Willen zur Führung hat...“

Die „Vossische Zeitung“ sagt in dem oben von uns erwähnten Artikel schon heute voraus, daß es auf dem Wege des Verrats für die SPD kein Halten mehr geben kann:

„Die nächsten Monate werden infolge der Maßnahmen, die zur Behebung der Wirtschaft- und Finanznot durchgeführt werden müssen, an den Mut der Sozialdemokratie, auch unpopulär zu sein, sehr starke Anforderungen stellen.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die sozialdemokratischen Führer diesen „Mut“ aufbringen werden. Der nächste Schritt wird der Verrat der im Kampfe stehenden 140 000 Berliner Metallarbeiter sein. Mit Hilfe eines neuen Schandfriedensspruches und seiner Verbindlichkeitsklärung und mit Hilfe der von Brüning kommandierten Polizei sollen die Arbeiter zurück in die Betriebe getrieben werden. An diesen Verrat wird sich der Verrat der anderen Arbeitskämpfe um Lohn und Brot anreihen wie die Perlen auf der Schnur.

Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, die sozialdemokratischen Minister in Preußen, Schwaben usw. werden mit den Nazimilitärs in Thüringen und Braunschweig mitwirken, um das faschistische Raubprogramm der Brüning-Regierung gegen die werktätigen Massen durchzuführen und die Kämpfe der Arbeiter zu unterdrücken. Sie werden dieses Programm auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter und gegen die kleinbürgerlichen Schichten, die von den Nazis Hilfe erwarteten, durchsetzen.

Die Polizeiknüppel und Revolver der Baentig, Brüning, Brüder und Franzen werden das arbeitende Volk über den wahren Charakter der Demokratie und über die verräterische Rolle der Sozialdemokratie und die Landstreichertrolche der Nazis aufklären.

Im Kampf gegen seine Feinde, gegen den faschistischen Hungerkurs der Brüning-Regierung und seine sozialdemokratischen Helfer, im Kampf gegen die großkapitalistischen Ausbeuter und ihre faschistischen Landstreichertrolche, hat das werktätige Volk nur einen Freund, nur einen Führer, das ist die kommunistische

## Juda Wofa main Prozuffa!

erfordern viel Geld!

Steigert die Tätigkeit für den Verteidigungsfonds der RSD, schafft neue Ortsgruppen und Betriebsgruppen der RSD.

Partei, die Partei, die jetzt gemeinsam mit der RSD den großen, bedeutungsvollen Kampf der Berliner Metallarbeiter führt, die alle Kämpfe des Proletariats und der ausgeplünderten und ausgebeuteten Schichten des werktätigen Volkes organisiert und leitet.

Gegen die kommunistische Partei wird jetzt, nachdem die Brüning-Regierung gefügt hat, die Bourgeoisie ihre Angriffe konzentrieren und sie mit einem Trommelfeuer der Verfolgungen und des Terrors zu vernichten versuchen.

Das Proletariat ist nicht geschlagen. Wir stehen am Anfang des Beginns großer Kämpfe, die die Bourgeoisie ihre Angriffe konzentrieren und sie mit einem Trommelfeuer der Verfolgungen und des Terrors zu vernichten versuchen.

Die reinliche Scheidung zwischen sich und den verräterischen sozialdemokratischen Führern durchsetzen. Jetzt gibt es für ihn nur die eine Lösung: Heraus aus der Partei des Arbeiterverrats, der Partei des Hungerkurles, der Partei, die den Lohnraub unterstützt und dem Faschismus hilft. Hinein in die große Kampffront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei!

Schöne weiße Zähne. „Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe.“ G. Reichelt, Sch.../Saalfeld. Man ver-lange nur die echte „Chlorodont-Zahnpaste“, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und wolle jeden Ertrag dafür zurück.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Charlie Chaplin

Abenteuer

Marie Paudler

Das närrische Glück

Auf der Bühne: Mandolinenchor

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

Jugend verboten

# 25 Pf. Einheitspreise 25 Pf.

- 1 Taschenmesser
- 1 Seifenbehälter Aluminium
- 1 Reibeisen
- 1 Salatbesteck
- 3 Mundgläser
- 1 Topfuntersatz
- 1 Tablett Nickel
- 1 Fleischklopper
- 1 Schock Klammern
- 2 Kaffeelöffel Edelstahl
- 1 Suppenkelle
- 1 Suppensieb
- 1 Staubtuch
- 1 Stück Rasierseife in Aluminium-Dose
- 1 Rasierapparat
- 1 Parfüm
- 1 Seifenschale mit Rosetten
- 5 Oktavhefte
- 4 Schreib- u. Rechenhefte
- 1 Tuschkasten
- 2 Mapp. Briefpapier
- 3 Spardosen
- 2 Roll. Toilettapier

45 Pf.

- 1 Springform groß
- 1 Deckelhalter
- 1 Aluminium-Topf
- 1 Aluminium-Tiegel
- 1 Salatbesteck mit Flachgabel
- 1 Wiegemesser
- 1 Nußknacker vernickelt

90 Pf.

- 1 Pfeifkessel Aluminium
- 1 Backform groß
- 1 Tiegel große Form, Eisen
- 1 Wäscheleine 25 Meter
- 1 Aluminium-Topf in Deckel
- 1 Einkaufsnetz
- 1 Torfenheber

90 Pf.

- 6 Staubtücher
- 1 Leibwärmer
- 1 Paar Hosenträger
- 1 Herrenbinder Seide
- 1 Kragenschoner
- 1 Frottier-Handtücher
- 1 Geldbörse

45 Pf.

- 1 Löcher
- 1 Kartenständer
- 1 Haarbürste
- 1 Zigarettdose
- 1 Armeiplättbrett
- 1 Hammer
- 1 Tuschkasten

Unsere Einheitspreis-Abtlg. im Erdgeschoß bringt Gebrauchsgegenstände aller Art zu außergewöhnlich billigen Preisen! Jeder Artikel ein Schlager! — Einige Beispiele:

- 1 Messerkasten
- 1 Suppensieb mit 2 Griffen
- 1 Ausklopper
- 1 Einkaufsnetz
- 1 Fußwärmer
- 1 Kleiderbürste
- 1 Schuhbürste
- 1 Spülbürsten-Garnitur 4 Stück
- 1 Nähkorb mit Zug
- 1 Nähkästen
- 1 Ascher

- 1 Obstschale
- 1 Vase
- 1 Kakaokanne
- 1 Ascher mit 4 Einätzen
- 1 Handspiegel
- 1 Spiegel mit Metallrand
- 1 Tintenfaß
- 1 Tuschkasten
- 1 Nähkorb mit Zug
- 1 Handkoffer
- 1 Paar Handschuhe für Damen, mit Wildleder

- 1 Schlüsseltasche Leder
- 1 Schuhkasten
- 1 Spannsäge
- 1 Bogensäge Eisen
- 1 Tresor Leder
- 1 Aluminium-Tiegel
- 1 Aluminium-Topf
- 1 Drahtsieb
- 1 Rasier Spiegel-Garnit.
- 1 Schnittdose Aluminium
- 1 Zwiebelschneider

- 1 Fuchsschwanz
- 1 Kinderpost
- 1 Halmaspiel
- 1 Paar Herrensocken
- 1 Kragen 4 Stück Mako
- 1 Paar Hosenträger
- 1 Herrenbinder
- 1 Geldbörse Leder
- 1 Nagellack-Garnitur
- 1 Büchsenöffner
- 1 Rasier Spiegel mit Vergrößerung

- 1 Halter für Toilettepapier
- 1 Hammer
- 1 Handsäge
- 2 Schraubenzieher
- 1 Tube Zahnpasta
- 2 Taschentücher
- 1 Handtuchhalter
- 1 P. Sockenhalter
- 1 P. Strumpfhalter für Kinder
- 1 Eierschneider
- 1 Frisierkamra
- 1 Taschenkamm
- 1 Seifendose Zelluloid
- 6 Kragenknöpfe
- 4 Bleistifte
- 12 Ansichtskarten von Dresden
- 1 Perluntersatz
- 1 Tomatenmesser
- 1 Zahnbürstenständ.
- 1 Zahnbürstenhülle
- 1 Toilettenbürste
- 10 m Schrankspitze aus Pappe
- 1 Bohrer mit Griff
- 1 Gasanzünder mit Ersatzsteine

# WERTHEIM